

Niederschrift, ö

Gremium	Bezirkstag
Nummer	BezT/003/2016
Datum	Donnerstag, 15.12.2016
Ort	Casino - Bezirk Oberbayern
Beginn	09:35 Uhr
Ende	12:13 Uhr

Anwesenheit

Vorsitzender

Mederer, Josef

Mitglieder CSU

Steinberger, Friederike
Bertl, Alexandra
Bichler, Josef
Breher, Barbara
Eichiner, Reinhard

ab TOP 4 Ö abwesend, ab TOP 6 Ö anwesend

Friesinger, Sebastian
Funke, Annemarie
Großmann, Rainer Dr.
Hainz, Birgit
Hartsperger, Veit
Hausberger, Claudia

ab TOP 3 Ö abwesend; ab TOP 4 Ö anwesend

Hobmeier, Karin
Hofstetter, Franz
Klein, Patricia
Knöferl, Robert
Kuhn, Barbara
Linder, Ingeborg
Linhart, Susanne
Loy, Josef
Meyer, Beate

ab TOP 3 Ö abwesend

ab TOP 3 Ö abwesend

ab TOP 3 Ö abwesend, ab TOP 5 Ö anwesend

Off-Nesselhauf, Gabriele
Schindlmayr, Simon
Schwab, Harald
Schwarzenberger, Thomas
Spitlbauer, Anton
Weiß, Ilse
Wetzelsperger, Georg
Wohlrab, Sabine
Wunsam, Günther

Mitglieder SPD

Asam, Michael

ab TOP 3 Ö abwesend; ab TOP 5 Ö anwesend

send

Broschei, Hiltrud
Eberl, Martin
Hofmann, Irmgard
Hörl, Christina
Hügenell, Helga
Jordan, Elisabeth
Malm, Mike Dr.
Murken, Jan Prof. Dr.
Rödig, Günther Dr.
Salvermoser, Richard
Weitzel, Katja
Wimmer, Gerhard

Mitglieder Bündnis 90/Die Grünen

Becher, Johannes
Bohr, Sylvio
Goldstein, Ulrike
Halbauer, Jan

ab TOP 3 Ö abwesend; ab TOP 7 Ö anwe-
send

Janner, Elisabeth
Siebler, Joachim
Tuttas, Petra
Zintl, Roland

Mitglieder FW

Degenhart, Christine
Heigl, Marianne
Hofer, Sepp
Schanderl, Michael Dr.
Schneider, Rainer

Mitglieder BP

Barth, Hansjörg
Dorn, Hubert
Weber, Florian

Mitglieder FDP

Baudissin-Schmidt, Barbara Gräfin
von
Berg, Gabriela Dr.
Friedl-Laussenmeyer, Sigrid

Mitglieder ÖDP

Ruff, Tobias
Schildbach-Halser, Johanna

Mitglieder Piraten

Wenta, Martina

Mitglieder Die Linke

Jenkner, Beate

Verwaltung

Aicher, Manfred
Bertenbreiter, Benedikt

Borrmann-Hassenbach, Margitta
Dr.
Brinckmann, Ernst
Bruckmann, Wolfgang Dr.
Büllesbach, Susanne
Duschner, Karl
Erdmann, Kerstin
Fingerle, Karin
Getzlaff, Stefan
Goriß, Monika
Graebisch, Dorit
Kerscher, Daniel
Koller, Rosalie
Leicht, Alexandra
Lengmüller, Regina
Lippert, Stefanie
Loderer, Timon
Maja, Renate
Mauermayer, Constanze
Nischwitz, Ulrike
Öttle, Markus
Paulus, Julia
Quiram, Thomas
Reichersdorfer, Richard
Reichstein, Ute
Reil, Josef
Roth, Helmut
Schempp, Jürgen
Schulz, Thomas
Soyer, Joseph
Staack, Zoe
Stadler, Elke
Stettberger, Nadine
Vogt, Maren
Werner, Elisabeth

Weitere Anwesende

Huber, Andreas

Protokollführerin

Ewerhardy, Angelika

Entschuldigt

Mitglieder FW

Specker, Konrad

entschuldigt

Tagesordnung

I. Öffentliche Sitzung

TOP 1	Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
TOP 2	Haushaltssatzung 2017 und Haushaltsplan mit Anlagen
TOP 3	Beteiligungsbericht Geschäftsjahr 2015 - Klinische Beteiligungen
TOP 4	Änderung der Geschäftsordnung
TOP 5	Abberufung von Herrn Bezirksrat Tobias Ruff
TOP 6	Vereidigung des Listennachfolgers ÖDP
TOP 7	Änderungen der Gremienbesetzung ÖDP
TOP 8	Gremienbesetzung – Antrag der SPD-Fraktion auf Änderung der Besetzung im Stiftungsrat Donaumoos Freilichtmuseum und Umweltbildungsstätte und im Bezirksausschuss
TOP 9	Änderung der Gremienbesetzung CSU-Fraktion
TOP 10	Bekanntgaben und Sonstiges

Bezirkstagspräsident Josef Mederer eröffnet um 09:35 Uhr die öffentliche Sitzung des Bezirkstages, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Bezirkstages fest.

TOP 1 Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Beschluss:	angenommen	Ja 66 Nein 0
-------------------	-------------------	------------------------

TOP 2 Haushaltssatzung 2017 und Haushaltsplan mit Anlagen

Haushaltsrede von Bezirkstagspräsident Josef Mederer

-Es gilt das gesprochene Wort-

Der Haushaltsansatz für die Eingliederungshilfe wird beim Bezirk Oberbayern 2017 erstmals die Rekord-Marke von einer Milliarde Euro überspringen. Das ist die gute, aber zugleich auch die schlechte Nachricht für diesen Haushalt. Gut, weil damit in Euro und Cent sichtbar wird, wie umfassend das Hilfesystem für Menschen mit Behinderung in Oberbayern ausgebaut ist. Schlecht aber deshalb, weil wir daran ablesen können, wie viele Menschen dieser Hilfen bedürfen. Und auch deshalb beunruhigend, weil die Kosten für die Eingliederungshilfe jährlich steigen - und zwar so stark, dass sie auch in konjunkturstarke Zeiten den Zuwachs an Steueraufkommen aufzehren. Diese Entwicklung können wir nicht unbemerkt laufen lassen, sondern müssen versuchen, die Entwicklungen im Sozialbereich so zu steuern, dass wir auch bei moderateren Zuwächsen noch handlungsfähig sind. Das ist eine Aufgabe, die wir 2017 wieder mit Bedacht ins Auge fassen müssen.

Aber beginnen wir mit der Ausgangslage; damit, wie sich das Gesamtbild in Oberbayern darstellt: Wir können weiterhin auf eine stabile wirtschaftliche Entwicklung blicken. Die Umlagekraft steigt wieder um komfortable 6,3 Prozent an und hat mit 6,8 Mrd. einen neuen Höchststand erreicht. Diese erfreuliche Entwicklung hat allerdings im Bereich des FAG eine negative Seite: der Beitrag, den der Bezirk Oberbayern aus den FAG-15- Mitteln für 2017 erwartet, geht nochmals um 15 Millionen auf 65 Millionen Euro zurück. Dies entspricht bei unserem Haushaltsvolumen keiner ausschlaggebenden und stark beeinflussenden Position bei der Aufstellung des Haushaltes mehr. Zu begrüßen ist jedoch, dass die 5 Milliarden Euro, die ursprünglich zur Finanzierung der Eingliederungshilfe vom Bund vorgesehen waren, nun doch, zumindest ein Anteil von 156 Millionen, der Bayern ab 2018 zusteht, an die Bezirke direkt weiter verteilt zu werden scheint.

Für die übrigen 4 Milliarden, die den Kommunen über die Kosten der Unterkunft und die Umsatzsteuer direkt zugehen, heißt dies jedoch, dass wir Bezirke uns diese dann über einen höheren Hebesatz wieder holen müssen. Dieses Geld ist den Landkreisen und kreisfreien Städten nur geliehen. Das muss uns und den Umlagezahlern klar sein und das müssen wir auch nach außen deutlich machen.

Zukünftig werden wir nicht mehr so eine komfortable Ausgangslage wie in diesem Jahr vorfinden: Unsere Rücklage wird sich in einer Größenordnung von 40-50 Mio. € bewegen und damit weit weg sein von der Größenordnung, die wir in den letzten Jahren gewohnt waren und mit der wir konjunkturbedingte Umlageschwankungen abpuffern wollten. Aber ich bin froh, dass wir in den letzten Jahren, in wirtschaftlich guten Zeiten, unseren Schuldenabbau entschlossen vorangetrieben haben. Das war immer meine Aussage: In guten Zeiten muss man Schulden abbauen! Am Ende des Jahres 2017 werden wir noch einen Schuldenstand von 10 Mio. € aufweisen und darauf können wir alle gemeinsam stolz sein.

Aber kommen wir zurück zu den Themen, die den Haushalt 2017 und auch das vergangene Jahr stark beeinflusst haben. Da ist zum einen unsere Kernaufgabe, unser Aufgabenspektrum im Einzelplan 4, zu nennen: wir erwarten für 2017 wieder einen Anstieg des Zuschussbedarfes in diesem Bereich (ohne UMA) um 70 Millionen Euro. Hierbei zeigt sich, dass verschiedenen Entscheidungen der letzten Jahre – sei es die Verbesserung der Pflegeschlüssel, die Inklusion, der Aufbau des psychiatrischen Krisendienstes in Oberbayern „ankommen“ und damit auch finanziell zu Buche schlagen. Jede Verbesserung ist wichtig, kostet aber auch Geld. Morgen wird voraussichtlich das Bundesteilhabegesetz den Bundesrat passieren und wir können – trotz intensiver Vorarbeit in der Verwaltung und vielen Umsetzungsarbeitsgruppen – noch nicht ermessen, was das für den Bezirk finanziell bedeuten wird. Von Seiten der Behindertenverbände gibt es viel Kritik am neuen Gesetz; ein Teil davon ist sicher berechtigt. Ich möchte diesen Meilenstein aber nicht kleinreden: Das BTHG ist ein Fuß in der Tür; der richtige Schritt in die richtige Richtung und darauf kann man nun aufsetzen! Ich freue mich, dass diese Vorhaben in der jetzigen Legislaturperiode des Bundestags noch realisiert werden konnte und ich bin stolz darauf, dass wir mit unserem 15-Eckpunkte-Papier mit dazu beigetragen haben, dass die Gesetzesvorlage noch einmal verbessert wurde.

Und obwohl wir im Bereich der Eingliederungshilfe wie bereits erwähnt erstmals über eine Milliarde Euro ausgeben, bei der Hilfe zur Pflege die Kosten um fünf Millionen auf nun 172 Millionen steigen und die Leistungen für Kinder im Schulalter um neun Millionen auf über 150 Millionen anwachsen, haben diese Zahlen unsere Haushaltsdebatten kaum beschäftigt. Nein, geprägt war diese Haushaltsaufstellung eindeutig von der Thematik, die inhaltlich nichts mit den Bezirksaufgaben zu tun hat und von uns auch nicht gesteuert werden kann: Alles dreht sich um die Kosten für junge volljährige Ausländer. Angesichts der hohen zu erwartenden Kosten war es richtig, im Sommer den Landräten und Oberbürgermeistern mitzuteilen, dass wir die Umlage um 2,0 Prozentpunkte erhöhen müssen, wenn der Freistaat seiner Verantwortung nicht gerecht wird und die Kosten der kommunalen Familie alleine aufbürdet. Was wir dann in den folgenden Monaten erlebt haben, hatte Licht und Schatten. Als Schatten ist sicherlich zu nennen, dass unseren Argumenten von Seiten der Staatsregierung nicht das Gehör bekommen haben, wie wir uns dies gewünscht hätten. Aber auf der anderen Seite auch das Licht, nämlich ein bis dahin lange nicht dagewesener Schulterschluss der kommunalen Familie. Durch die beharrliche Solidarität, die wir von Seiten unserer Umlagezahler erlebt haben, ist es uns gelungen, zumindest Teile der Staatsregierung zum Nachdenken zu bewegen. Ganz herzlichen Dank an alle Landräte und Bürgermeister, die sich hier in den Dienst der Sache gestellt haben! Man sieht, wenn man zusammen hält, kann etwas erreicht werden. Wir konnten gemeinsam durch unseren beharrlichen Einsatz staatliche Mittel heraushandeln, die zwischenzeitlich bereits in weite Ferne gerückt schienen.

Und an dieser Stelle auch mein Dank an die Kämmerei: ich danke Ihnen jedes Jahr für Ihr gute Arbeit, die faire Zusammenarbeit und das Augenmaß, mit dem Sie den Haushalt erstellen. In diesem Jahr muss ich Ihnen aber auch ausdrücklich für Ihre Geduld und Ihren Fleiß danken, wenn ich wieder einmal über Nacht neue Berechnungen, neue Darstellungen, neue Abfragen bei den Jugendämtern und aktualisierte Kalkulationen wollte. Frau Hirschhuber, Herr Getzlaff: Danke!

Trotz der staatlichen Unterstützung geht es nun darum, die Tagessätze in der Jugendhilfe zu senken und die Übernahmequoten zu verringern – sonst kommen wir mit den ausgehandelten 40 Euro Beteiligung am Tagessatz pro jungem erwachsenen Flüchtling für ein Jahr nicht weit. Und auch da sind wir in der Umsetzung wieder auf unsere Umlagezahler angewiesen! Nur dann werden wir ohne Defizit aus dem Haushaltsjahr 2017 herauskommen, obwohl wir mit 93 Millionen Euro Entnahmen einen weiteren tiefen Griff in die Rücklagen machen.

Und deshalb an dieser Stelle auch mein Dank an dieses politische Gremium. Wir schaffen es oftmals, einstimmige Beschlüsse herbeizuführen, politische Diskussionen respektvoll auf Augenhöhe miteinander zu führen und dabei die Menschen im Blick zu haben, für die wir die Verantwortung tragen. Und genau hierdurch erreichen wir gemeinsam unterm Strich sehr viel.

Trotz der großen Belastungen im Haushalt werden wir schon lange anstehende und geplante Investitionen in Oberbayern tätigen können. Ich bin sehr froh, dass endlich vor ein paar Wochen der Vertrag mit dem Generalübernehmer für das BBW in Johanneskirchen geschlossen werden konnte. So einen Vertrag über 32 Millionen unterschreibe auch ich als Bezirkstagspräsident nicht allzu

oft. Hier zeigt sich, dass wir in den letzten Jahren bereits vorausschauend und klug gehandelt haben, indem wir anstehende Investitionen bereits anteilig vorfinanziert haben und nun nicht die gesamten Summen auf einen Schlag stemmen müssen. Im Falle von Johanneskirchen sprechen wir immerhin über einen Gesamtinvest von 35 Millionen Euro. Wenn es uns noch gelingt, für die Leitung des BBW im neuen Jahr die richtigen Weichen zu stellen, bin ich zufrieden. Aber auch auf der Glentleiten sind wir mit unserem neuen Eingangsgebäude nunmehr auf einem guten Weg und konnten trotz irritierender Begleitgeräusche durch den Bund der Steuerzahler den ersten Spatenstich begehen.

Mit unseren Veranstaltungs- und Sitzungssälen hier im Haus geht es ebenfalls voran. Wenn wir Glück haben, bekommen wir während dieser Plenarsitzung nicht allzu viel vom Lärm mit, dem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier im Haus deshalb teilweise ausgesetzt sind. Wir als Politiker bekommen die Nebenwirkungen der Großbaustelle ja nur mit, wenn wir ausnahmsweise in einem beengten Sitzungsraum tagen oder die Kindertagesstätte uns aus den Fraktionsräumen vertreibt. Ich bin mir sicher, das fertige Bauwerk wird wie beim Casino dann wieder für alles entschädigen! Auch wenn es wohl bis zum Haushaltsplenum im nächsten Jahr eng werden wird, so wird der aktuelle Bezirkstag zumindest noch einmal in den Genuss kommen, eine Vollversammlung in den neuen Räumen abzuhalten. Bei der Verleihung des Inklusionspreises am Buß- und Bettag haben wir gesehen, wie wunderbar sich dieses Casino auch für repräsentative Veranstaltungen eignet!

Auch in unserem Kloster Seeon werden die Schritte nun konkreter. Die Baumaßnahmen im Klosterweg 6 stehen unmittelbar bevor und auch die übrigen Themen hinsichtlich der Energieversorgung sowie des Klosterwegs 15 gehen nunmehr voran, nachdem wir auch hier im laufenden Jahr wichtige und richtige Weichenstellungen getroffen haben.

Bei unseren klinischen Beteiligungen setzen wir auch weiterhin auf Regionalisierung: Die Klinik in Fürstenfeldbruck hat im Sommer eröffnet, genauso die Tagklinik in Dachau. Leider gibt es Rückschläge in Schwabing, aber auch das werden wir in Griff bekommen. Vielen Dank auch an dieser Stelle an Herrn Spuckti und besonders an Frau Dr. Borrmann-Hassenbach und die gesamte Belegschaft der kbo-Kliniken für ihre herausragende Arbeit. An der Schnittstelle zwischen kbo und unserer Sozialverwaltung siedle ich den Krisendienst an, der eine Erfolgsstory sondergleichen ist. Stück für Stück gehen mehr Landkreise ans Netz und nehmen an der Krisenhotline teil. Ich bin persönlich tief beeindruckt und überzeugt, welche segensreiche Auswirkungen dieses Projekt hat! Es ist für mich sehr bestärkend, dies vor Ort bei den verschiedenen Presseterminen immer wieder von Betroffenen und Angehörigen bewegt geschildert zu bekommen.

Was begeistert mich als Präsident noch? Sie ahnen es vielleicht, wenn Sie den letzten Pressespiegel gelesen haben. Anfang Dezember tagten im Landratsamt Dachau in gemeinsamer Sitzung Ausschüsse von Stadt und Landkreis Dachau und Bezirk Oberbayern und haben jeweils einstimmig die Machbarkeitsstudie für ein Arbeiter- und Industriemuseum verabschiedet. Das ist die erste, wichtige Weichenstellung. Ein Arbeiter- und Industriekulturmuseum scheint nun erstmals tatsächlich möglich, auch wenn noch viele Hürden aus dem Weg zu räumen sind.

Von all den tollen Projekten und Aufgaben, die wir haben, lassen Sie mich nur kurz noch ZAMMA herausgreifen: Im Juli 2017 kommen wir nach Haar mit unserem Festival. Der Namen ZAMMA, bei dem wir anfangs ein bisschen skeptisch waren, hat sich dermaßen schnell bewährt. Im Kulturbereich hat er sich fast als Synonym für Inklusion etabliert.

Abschließend möchte ich mich bei allen bedanken, mit denen wir das ganze Jahr über zu tun haben:

- den Wohlfahrtsverbänden, mit denen wir ein gutes Vertrauensverhältnis aufgebaut haben
- den andere Behörden, stellvertretend die Regierung von Oberbayern
- allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bezirks und natürlich den Personen, die mir direkt zur Seite stehen
- und meine beiden Stellvertretern Michael Asam und Friederike Steinberger

Ich wünsche Ihnen allen frohe Festtage und ein gesegnetes Neues Jahr.

Haushaltsrede von Herrn Bezirksrat Josef Loy

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin, verehrter Herr Bezirkstagspräsident und Präsident des Bayerischen Bezirkstags, verehrter Herr Vizepräsident, verehrte Frau Vizepräsidentin, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bezirk Oberbayern, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Damen und Herren.

Wir leben in einem sicheren Land, wir leben in einem wirtschaftlich erfolgreichen Land, wir leben in einem sozial gut ausgestatteten Land und wir leben in einer gesunden und lebendigen Demokratie.

Damit das so bleibt, tragen wir gemeinsam in unserem Bereich, dem Bezirk Oberbayern, eine hohe Mitverantwortung, für die es sich allemal lohnt, sich täglich einzusetzen.

Ein ereignisreiches Jahr neigt sich dem Ende zu. Viele Weichen für die Zukunft sind gestellt. Mit unserem Bezirkshaushalt für 2017 legen wir das Fundament künftigen Handelns und Schaffens und öffnen Spielräume für Entwicklung.

Gründlich vorbereitet und vorberaten, unter umfassender und aktiver Beteiligung aller Sachgebiete, Abteilungen und politischen Ausschüsse, legt uns die Finanzverwaltung ein abgerundetes Zahlenwerk zur Abstimmung vor.

Ein großer Dank gilt an dieser Stelle unserer Finanzverwaltung, Herr Getzlaff und Frau Hirschhuber seien dabei besonders genannt, für die sehr gute Vorbereitung. In den letzten Wochen waren sie besonders gefordert mit der Darstellung der finanziellen Auswirkungen der jungen volljährigen Ausländer, die zum Kernthema der Beratungen geworden sind.

Deshalb jetzt auch einige Sätze zu diesem Thema.

Während des gesamten letzten Jahres war die Finanzierung der jungen Volljährigen ein Thema in unseren Beratungen und Besprechungen. Nicht nur intern, sondern vor allem in den vielen Kontakten mit Kommunal-, Landes- und Bundespolitikern wurde immer wieder auf die hohen finanziellen Auswirkungen für den Bezirk Oberbayern hingewiesen.

Die Ohren waren jedoch oft nicht aufnahmefähig, beziehungsweise es fehlte am richtigen Verständnis. Allein der Landkreistag hat die Auswirkungen erkannt und öffentlich gemacht. Gemeinsam mit uns wurden Resolutionen verfasst. Hartnäckig sind wir mit unseren Forderungen einer finanziellen Entlastung geblieben. Vor allem unser Präsident Josef Mederer hat keine Gelegenheit versäumt, dieses Thema zum zentralen Gespräch zu lenken.

Dafür großer Dank und Anerkennung für diesen Einsatz. Dabei hat er oft in der Sache unbegründete Kommentare zu hören bekommen. Die absolute Spitze der Vorwürfe war die des „Rücklagenkönigs“. Wir wissen doch alle, dass unsere Rücklagen eigentlich zum Ausgleich der Umlageentwicklung für die nächsten Jahre dienen soll. In 2016 haben wir über den Nachtragshaushalt 66,7 Mio. € entnommen, ohne die Umlagezahler zu belasten.

Einen Initiativantrag auf dem CSU-Parteitag und dem anschließenden Gespräch mit unserem Ministerpräsidenten Seehofer und der aktiven Beteiligung des Staatskanzlerministers Huber ist es zu verdanken, dass Bewegung in diese Angelegenheit gekommen ist.

Jetzt beteiligt sich der Freistaat ab 1.6.2016 bis 31.12.2017 mit 40.- € Tagessatz an den Kosten, die allein in Oberbayern bei durchschnittlich 110.- € liegen. Das heißt aber auch, dass wir erneut für 2017 in die Rücklagen greifen und weitere 58,1 Mio. € entnehmen. Ende 2017 ist unsere Rücklage sodann auf 52,5 Mio. € zurückgegangen.

Mit dieser Rücklagenentnahme 2016 – 2017 von insgesamt 124,8 Mio. € können wir die Bezirksumlage 2016 und 2017 stabil halten und wesentlich zum Frieden in der kommunalen Familie beitragen.

Das tun wir auch im Blick auf die geplante künftige Regelung der Zuständigkeit für die jungen Volljährigen, die ab 1.1.2018 bei den Landkreisen und kreisfreien Städten liegt, die ja ohnehin für die Betreuung und Unterbringung im Rahmen der Jugendhilfe gefordert sind. Daneben muss auch auf

Bundesebene, im Rahmen der Ausgestaltung des Sozialgesetzbuches VIII, die Unterbringung, Versorgung und Betreuung neu geregelt werden.

Damit wir uns recht verstehen. Jeder Jugendliche und junge Volljährige soll auch weiterhin die Hilfe bekommen, die notwendig und gerechtfertigt ist, aber es muss auch kritisch hinterfragt werden, ob jeder junge Volljährige den maximalen Leistungsbedarf nötig hat.

Und ebenfalls sei zur Abrundung wiederholt angemahnt: Das Thema Asyl ist nicht Aufgabe der Bezirke bzw. der kommunalen Familie, sondern Bundesaufgabe. Also ein wichtiges Ziel der Finanzentlastung ist durch Hartnäckigkeit und engagiertes Handeln erreicht worden.

Kehren wir zur Haushaltslage 2017 zurück.

Dank der steigenden Steuer- und Umlagekraft sind wir in der Lage, den Ausgabenmehrbedarf im Sozialhaushalt abzufedern. Gleichzeitig aber sinkt die Zuweisung über die FAG 15 Mittel auf 65,0 Mio. €, das sind 15,6 Mio. € weniger als in 2016.

Gerade einmal 10 Prozent der bayerischen Gesamtmittel von 649 Mio. € landen im Bezirk Oberbayern, bei einem Gesamthaushalt von 1,39 Mrd. € im Einzelplan für Soziales und Jugend. Die FAG-Zuweisung reicht damit, eine beliebte Rechnung, gerade einmal 17 Tage, um unsere sozialen Verpflichtungen zu erledigen. Also nach der Plünderung des Christbaumes gehen auch uns die staatlichen Mittel aus. Ab diesem Zeitpunkt zahlen die Umlagezahler die auf den Bezirk Oberbayern verlagerten Aufgaben.

Wenn wir auf unsere eigenen Aufgaben und die dafür zu bewältigenden Leistungen, sowie der dafür notwendigen Entscheidungen im Jahr 2016 blicken, können wir sehr zufrieden sein. Ich möchte das heute mit dem Satz „Ziel erreicht“ oder „Etappenziel erreicht“ überschreiben. Die Reihenfolge sagt nichts aus über die Wertigkeit.

Im Bundestag wurde das Bundesteilhabegesetz BTHG verabschiedet mit wesentlichen Inhalten, die aus den Bezirken benannt wurden. Jetzt fehlen noch die finanzielle Ausgestaltung und die Ausführungsgrundlagen, bzw. Umsetzung, daran werden wir uns beteiligen. Also, ein Etappenziel erreicht.

Die flächendeckende Umsetzung des Krisendienstes ist eine Erfolgsgeschichte besonderer Art. Auf allen Ebenen begrüßt, auf allen Ebenen als gelungen dargestellt, auf allen Ebenen als notwendig betrachtet, um psychisch kranken Menschen in Not schnell helfen zu können. Schrittweise Umsetzung im kommenden Jahr, damit ganz Oberbayern abgedeckt ist. Begleitend werden wir den Krisendienst evaluieren und, wenn nötig, auch steuernd eingreifen. Allen Akteuren unseren Respekt und unsere Anerkennung. Ein großer und gewaltiger Wurf und damit Ziel erreicht.

In der Stadt Dachau wird ein Museumsforum entstehen. Wir sind mit unserem Arbeiter- und Industriemuseum dabei. Einstimmig haben Stadt Dachau, Landkreis Dachau und der Kulturausschuss des Bezirks Oberbayern vor wenigen Tagen die Machbarkeitsstudie befürwortet. Nach langen Jahren der Suche und Versuche gelingt es nun dieses Museum über unsere junge Geschichte der Industrie- und Arbeiterkultur Oberbayerns auf den Weg zu bringen. Ein besonderer Dank an die Arbeitsgruppe um Barbara Kuhn und Prof. Dr. Murken, die die jahrelange Initiative getragen und gestaltet haben. Mit großer Freude und Zufriedenheit Etappenziel erreicht.

Die Sanierung des Berufsbildungswerkes in Johanneskirchen kann beginnen. Entgegen vieler Bedenken über unsere Entscheidung der möglichen Sanierung mit einem Kostenbudget von 35,0 Mio. € ist es uns gelungen, durch Standfestigkeit und die Möglichkeit, mit einem Generalübernehmer zu arbeiten, die Sanierung zu realisieren. Die Arbeiten beginnen im Frühjahr, die Planungen laufen mit Hochdruck. In ca. zwei Jahren werden wir gemeinschaftlich das Ergebnis beurteilen können. Mit Freude Etappenziel erreicht.

Ergänzend hierzu: Auch für die Leitung des Berufsbildungswerkes werden wir mit guter Überlegung und einem fachlich guten Konzept die richtige Frau oder den richtigen Mann finden und bestellen können.

Der Neubau für die Sitzungssäle im benachbarten Querbau hat begonnen, die Kosten bleiben bei der Vergabe im Rahmen der festgelegten Mittel, die Abbruchmaßnahme läuft und die Perspektive für die Fertigstellung Anfang 2018 ist genannt. Gerne nehmen wir deshalb die Inanspruchnahme unserer Fraktionsräume für die Kindertagesstätte in Kauf. Auch hier mit Zufriedenheit Etappenziel erreicht.

Auf der Glentleiten ist der erste Spatenstich erfolgt, die Baumaßnahme für die Bauwerksfundamentierung läuft, die Straße zur Kreuth Alm ist frei, die Grundstücksverhandlungen für die Parkplatzenerweiterung sind abgeschlossen, die Kosten bewegen sich im festgesetzten Rahmen. Engagement und Einsatz auf allen Ebenen haben sich gelohnt. Mit Zuversicht und Freude Etappenziel erreicht.

Die Sanierungsmaßnahmen im Agrarbildungszentrum in Landsberg sind noch voll im Gange, ein Ende ist aber absehbar. Wir mussten aus Gründen des Denkmalschutzes weitere Mittel bereitstellen. Aber die Bildungseinrichtung in Landsberg ist es uns wert, auch im Blick auf die vielen jungen Menschen, die dort ihre Ausbildung erfahren und für's Berufsleben vorbereitet werden. Mit Aussicht, Ziel fast schon erreicht.

Neubau der Kinder- und Jugendpsychiatrie mit Gerontopsychiatrie in Landsberg begonnen. Der Spatenstich ist erfolgt, die Baumaßnahme läuft und die wohnortnahe Versorgung der jungen und älteren Mitmenschen kann bald den Betrieb aufnehmen. Auch hier mit Freuden im kbo und Bezirk Etappenziel erreicht.

Eröffnung und Einweihung der psychiatrischen Klinik in Fürstenfeldbruck. Ein moderner, lichtdurchfluteter, offener Bau mit Satteldach fügt sich hervorragend in die Umgebung innerhalb der Stadt Fürstenfeldbruck ein. Patienten und Mitarbeiter können in solch einem gut gestalteten Gebäude nun mit Hoffnung und Freude Heilung erfahren und arbeiten. Mit großer Dankbarkeit Ziel erreicht.

Gemeinsames Projekt Somatik und Psychiatrie der kbo in Wasserburg planerisch auf den Weg gebracht. Eine Lösung für einen gewaltigen alten Baum gefunden. Der Standort Wasserburg auf lange Zeit und für die Mitmenschen in Not und Krankheit gesichert. Mit Zuversicht Etappenziel erreicht.

Der Realisierungswettbewerb zur Umstrukturierung, Modernisierung und Erweiterung kbo-Kinderzentrum München ist erfolgreich abgeschlossen. Ein guter Wettbewerb mit einem eindeutigen Siegerentwurf und damit auch der Perspektive auf Umsetzung in einer zeitnahen Schiene. Wir, der Bezirk Oberbayern, müssen uns bei der Umsetzung dieser großen und notwendigen Maßnahme kräftig mitengagieren. Die kleinen Patienten liegen uns am Herzen und damit auch eine fachlich und medizinisch beste Versorgung und Unterbringung. Mit besten Aussichten Etappenziel erreicht.

Daneben haben wir im kbo-Verwaltungsrat und im Bezirk die Voraussetzungen geschaffen, dass in Haar ein Interimsgebäude für die Psychiatrie, die Schwabing verlassen muss, geschaffen wird. Ein Appell an die Landeshauptstadt. Wir wollen die wohnortnahe Versorgung der Menschen ausbauen, dazu brauchen wir wohnortnahe Standorte.

Die Kliniken des Bezirks Oberbayern kbo sind nach wie vor ein erfolgreiches und innovatives Gesundheitsunternehmen. Mit über 6.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern arbeitet kbo an über 20 Standorten in Oberbayern für unsere Mitmenschen, von jung bis alt. Mit hoher Kompetenz und überregionaler Bedeutung haben sich unsere Kliniken einen gewichtigen Platz in der Versorgungslandschaft geschaffen. Darauf sind wir durchaus stolz und dankbar für den großartigen Einsatz aller, die dazu auf verschiedenen Ebenen beitragen.

Das neue Entgeltsystem wird sicherlich Veränderungen bringen. kbo ist darauf vorbereitet und auch im Stande, diese Herausforderungen zu bestehen. Die notwendigen Stellschrauben sind poli-

tisch als auch fachlich im Laufe des letzten Jahres nochmal justiert worden, auch und vor allem im Blick auf die Kliniken, die den Versorgungsauftrag über 24 Stunden täglich haben.

An dieser Stelle einen Dank an Frau Borrmann-Hassenbach, die als Vorsitzende der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft wesentlich dazu beigetragen hat, damit die Ausgestaltung des Psych VVG, psychiatrisches Vergütungs- und Versorgungsgesetz, unseren Bedürfnissen angepasst wurde. Auch hier ein wichtiges Etappenziel erreicht.

Ebenso danken wir unserem Vorstand Herrn Spuckti und Frau Borrmann-Hassenbach für die Konzernleitung, sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit in allen kbo-Kliniken und kbo-Einrichtungen. Bleiben Sie weiterhin mit Ihrem Engagement nahe an den hilfsbedürftigen Menschen.

Blicken wir noch kurz auf die Zahlen unseres Haushaltes.

Das Gesamtvolumen beträgt 2017 1,884 Mrd. €.

Die Ziele:

- keine Kreditaufnahme
- keine Verpflichtungsermächtigungen
- ein genehmigungsfreier Haushalt

sind eingehalten worden.

Die Haushaltsansätze orientieren sich an dem zu erwartenden Rechnungsergebnis aus 2016 und das sind sichere Planungsansätze.

Die Personalausgaben steigen um 4,8 Prozent, das beinhaltet ca. 28 mehr Stellen, 2,4 Prozent Tarifsteigerungen und die Besoldungserhöhung für Beamte. Hier ein Dank an das Stellengremium und den Personalausschuss für die verantwortungsvolle Bearbeitung.

Im Bereich der Schulen steigt der Zuschussbedarf um 1,4 Mio. € an. Dieser Anstieg ist in steigenden Personalausgaben im Unterhalt und Erhalt von Gebäuden und Geräten begründet.

Für die Nepomuk-von-Kurz Schule erwarten wir für 2017 die nötige Entscheidung zur Standortplanung für ein neues Schulgebäude mit Parkplätzen.

Für die Denkmalpflege sind die Fördermittel um 100.000.-€ auf 2,5 Mio. € aufgestockt worden.

Die Zukunft des Volksmusikarchivs wird uns 2017 sicherlich im positiven Sinne beschäftigen.

12,5 Mio. € stellen wir für die Kulturarbeit 2017 in den Haushalt. Die oberbayerischen Kulturtage finden 2017 in Haar statt und wir freuen uns auf ereignisreiche und vielfältige Tage mit Kunst, Musik, Dialog und Kultur. Die Kulturarbeit des Bezirks Oberbayern ist wichtig und notwendig. Damit können wir uns in der Öffentlichkeit präsent darstellen.

Ein herzliches Vergelt's Gott an die Kulturabteilung, an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, den verantwortlichen Führungskräften im Kulturreferat, der Heimatpflege, der Volksmusikpflege, der Trachtenpflege, der Fischerei und Imkerei.

Unser Kernbereich der Einzelplan 4, Soziales und Jugend, umfasst Gesamtausgaben in Höhe von 1,7 Mrd. €. Eine gewaltige Summe, die jährlich ansteigt. Die Zahl der Personen mit Hilfebedarf steigen, Personal- und Sachausgaben steigen, neue Versorgungs- und Hilfebereiche werden angegangen, wie der Krisendienst. Dank der guten wirtschaftlichen Lage können diese Steigerungen bewältigt werden.

Die Hilfe zur Pflege steigt um 5,9 Mio. €, die Hilfen für Menschen mit Behinderung steigt um 48,6 Mio. €. Hier ist eindeutig erkennbar, dass sämtliche Leistungen, die notwendig und begründet sind,

auch erbracht werden. Dass keine Leistungskürzungen, wie oft vermutet wird, eintreten. Die Zahlen beweisen das Gegenteil.

In diesen gefühlt unsicheren Zeiten, oft herbeigeredet, herbeigeschrieben oder herbeigesendet, stehen wir zu unseren Aufgaben und stehen wir zu allen Menschen, die Hilfe nötig haben und auf Hilfe angewiesen sind.

Für die Förderung der freien Wohlfahrtspflege stellen wir 2017 81,8 Mio. € an Ausgaben in den Haushalt, damit die Einrichtungen und Dienste ihre Aufgaben erfüllen können.

Auch hier eine Steigerung zum Vorjahr um 6,6 Mio. €. Dazu gehört auch der Krisendienst. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Sozialverwaltung, sowie allen Einrichtungen und Sozialverbänden unseren herzlichen Dank für die geleistete Arbeit und den Einsatz für Menschen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens zu Hause sind.

Unser Kultur- und Bildungszentrum in Seeon entwickelt sich zunehmend zu einem bedeutenden Zentrum. Das Zukunftskonzept Seeon zeigt Wege für die Verbesserung der Auslastung, für betriebswirtschaftliche Handlungsfelder und bauliche Notwendigkeiten auf. Packen wir dieses Konzept schrittweise an und entwickeln somit die Perspektive für eine gesicherte Zukunft in Seeon. Dafür stellen wir ca. 4,1 Mio. € in den Haushalt.

An dieser Stelle Dank unserem Werkleiter Herrn Schölzl und allen Frauen und Männern im Kloster Seeon, die sich mit Tatkraft an unserem Bildungszentrum einsetzen.

Die wesentlichen Baumaßnahmen habe ich bereits beschrieben. In der Summe wollen wir 2017 ca. 35,2 Mio. € investieren. Damit tragen wir auch zur wirtschaftlichen Belebung bei.

An dieser Stelle Dank an die Bauverwaltung für die Bewältigung dieser vielen unterschiedlichen Bauaufgaben. Das geht nur mit einer engagierten Mannschaft.

Unsere Baugesellschaften OH und DH entwickeln sich nach wie vor sehr positiv. Im kommenden Jahr kann hoffentlich die Erschließung von Haar II, dem Jugendstilpark, beginnen und dann können auch die Maßnahmen für den Wohnungsbau beginnen. Die Versorgung der Bevölkerung mit neuen und sanierten Wohnungen ist notwendig und wird in unserer Baugesellschaft vorbildlich umgesetzt.

Anfang 2017 zieht unsere Baugesellschaft in eigene, schön sanierte Verwaltungsräume im ehemaligen Casino in Haar um.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, alle genannten Aufgaben, Maßnahmen und Bereiche können nur mit einem gesicherten Finanzwerk, dem Haushalt, bewältigt werden.

Wir haben in unserer Fraktion den Haushalt beraten.

Wir stimmen dem Stellenplan mit Haushalt 2017 zu.

Wir stimmen der stabilen Bezirksumlage mit 19,5 Punkten zu.

Wir stimmen der weiteren Schuldentilgung zu.

Unser Haushalt 2017 ist solide und auskömmlich aufgestellt und gut gerüstet für die Herausforderungen 2017.

Ein großer Dank der gesamten Finanzverwaltung Herrn Getzlaff, Frau Hirschhuber mit dem gesamten Team, für die umfassende Vorbereitung, die transparente Erläuterung, die notwendigen Berechnungen und dem verantwortungsvollen Einsatz.

Ein herzlicher Dank aus unserer Fraktion an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unserer Bezirksverwaltung, unseren Einrichtungen und Fachberatungen in den Kliniken des Bezirks Oberbayern, in der Pressestelle und den Baugesellschaften für den persönlichen Einsatz um das Wohl unserer oberbayerischen Mitmenschen.

Ein herzliches Vergelt's Gott an unseren Bezirkstagspräsidenten, seine Stellvertreter, seine Führungsebene für die stets professionelle Leitung in Verantwortung um den Bezirk Oberbayern.

Dank an unseren Kooperationspartner SPD für die partnerschaftliche Zusammenarbeit.
Dank an alle Kolleginnen und Kollegen für die an der Sache orientierte Zusammenarbeit.

Gemeinsam mit der CSU-Fraktion wünsche ich Ihnen noch eine ruhige Adventszeit und Zeit zur Besinnung auf das Künftige.

Für Weihnachten Friede und Geborgenheit in Ihren Familien und Gemeinschaften.
Allen, die auf Herbergssuche sind in diesen Tagen, Türen und Herzen, die sich öffnen.

Für das kommende Jahr 2017 wünsche ich Ihnen allen eine stabile Gesundheit, Mut und Kraft für unsere Aufgaben, einen klaren Geist für alle Entscheidungen, Hoffnung und Optimismus, sowie Freude an der Entwicklung unseres Bezirks Oberbayern.

Gottes Segen für uns alle, unsere schöne, lebenswerte Heimat und unseren Bezirk Oberbayern.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Haushaltsrede von Frau Bezirksrätin Helga Hügenell

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin Brunner, sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident Mederer, sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

ich werde nun im Namen der SPD Fraktion zum Haushalt 2017 Stellung nehmen.

Als erstes geht unser Dank an die Kämmerei, an Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber, sowie das ganze Team. Herr Getzlaff hat unserer Fraktion die Planungen und Veränderungen vorgestellt und erläutert. Allerdings wurden auch die großen Unwägbarkeiten für den Haushalt 2017 benannt – u.a. die Auswirkungen des Bundesteilhabegesetzes, des Pflegestärkungsgesetzes II, weitere Entwicklungen und Umsetzung der Inklusion. Unsere Fragen konnten dadurch bereits im Vorfeld ausreichend und zufriedenstellend beantwortet werden. Wir gehen zu dem Zeitpunkt von einer Erhöhung der Umlage um 2 % aus.

Allerdings hat sich seitdem noch viel getan. An der Stelle einen ganz besonderen Dank an unseren Bezirkstagspräsidenten für sein hartnäckiges Eintreten, dass der Freistaat finanzielle Verantwortung übernommen hat bei der Erstattung der Kosten für junge Volljährige und allen, die daran mitgewirkt haben alle Fakten und Argumente zusammenzutragen für die Verhandlungen mit der Staatsregierung. Es gab viele Gesprächsrunden und harte Verhandlungen. Der Kompromiss ist zwar ein Teilerfolg, belastet aber den Bezirk noch immer erheblich. Aus unserer Sicht hätte der Freistaat zumindest bisher schon die Kosten für einen erwachsenen Flüchtling erstatten müssen. Es ist nur eine Teilkostenerstattung und eigentlich absurd. Zuerst gehen die Kommunen in Vorleistung, bekommen es erstattet und werden über die Umlage wieder zum Zahler.

Der Bund hat den Bundesländern viel Geld zur Verfügung gestellt für die Versorgung und Integration von Flüchtlingen, dies muss da ankommen, wo die Ausgaben anfallen und nicht die Kommunen belasten. Diese tragen eh schon einen Teil der Verwaltungsausgaben. Wir warnen davor einen Zusammenhang zwischen Flüchtlingen und nicht möglicher Investitionen in den Gemeinden herzustellen, dies spaltet die Gesellschaft und trägt nicht zum sozialen Frieden bei. Es liegt nicht an den Flüchtlingen, sondern an einer verfehlten Finanzpolitik auf bayerischer Ebene. Eines der Argumente ist die hohe Rücklage beim Bezirk Oberbayern, es ist richtig, dass wir eine hohe Rücklage hatten/haben, aber diese speiste sich unter anderem aus dem Entgegenkommen der Kommunen die Umlage bei 19,5 % zu belassen, obwohl im Jahr 2015 eine Senkung möglich gewesen wäre, mit der Aussicht in konjunkturschwächeren Zeiten und bei jährlich steigenden Ausgaben die Umlage stabil halten zu können. Wir haben bereits im Jahr 2016 für den Nachtragshaushalt 66,7 Millionen entnehmen müssen. Der Haushaltsentwurf sieht eine weitere Entnahme von 90 Millionen vor, damit ist dann die Rücklage aus unserer Sicht erheblich abgeschmolzen. Zwar mit dem Ausblick, dass ab dem Jahr 2018 die Bezirke für die Kostenerstattung nicht mehr zuständig sind. Unserer Meinung nach geht die Staatsregierung von unrealistischen Tagessätzen aus. Wir haben in weiten Teilen Oberbayerns hohe Wohnkosten, die auch die Tagessätze beeinflussen. Ziel der Staatsregierung ist es auf die Kommunen einzuwirken, sowohl die Tagessätze zu senken, als auch die Fallzahlen. Wir als SPD wollen keine Jugendhilfe light und werden dies kritisch begleiten. Dies hat auch der Bayerische Bezirkstag beschlossen, dass junge Flüchtlinge eine gute und passgenaue Versorgung und Betreuung brauchen. Im Übrigen sind die Hürden hoch in der Jugendhilfe zu verbleiben. Dies ist eine Investition in die Zukunft, die Folgekosten wären viel höher. Nur noch eine kleine Anmerkung zu einer Begrifflichkeit, die Fachsprache benutzt inzwischen nicht mehr unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, sondern unbegleitete minderjährige Ausländer-Innen, dies wird aus unserer Sicht nicht der Situation gerecht, in der sich die jungen Menschen, die bei uns Schutz suchen befinden. Der Begriff Ausländer, denken wir, ist ein Relikt aus der Vergangenheit.

Aus unserer Sicht wäre eine Erhöhung der Umlage um 0,5 % denkbar gewesen um die Rücklage nicht so stark zu belasten, aber wir tragen die 19,5 % mit. Es war auch eine der Bedingungen der Staatsregierung, die unsere Rücklage zum 31.12.2017 als immer noch viel zu hoch ansieht.

An der Stelle wiederhole ich den Dank an den Präsidenten und an alle Beteiligten, es wurde versucht, das Möglichste zu erreichen – aber es ist bedauerlich, so unsere Sicht, dass man sich ein Stückweit als Bittsteller fühlt.

Nun einige Anmerkungen zum Bundesteilhabegesetz. Es wurde ja bereits im Bundestag beschlossen und wird morgen im Bundesrat behandelt werden. „Weniger Behindern – mehr möglich machen“

Ein 1. Schritt ist gemacht. Aus unserer Sicht bleibt es allerdings hinter den Erwartungen der Betroffenen zurück. Es wurden zwar einige Punkte auf Grund von massiven Protesten nachgebessert. Ich erinnere dabei an das 15 Punktepapier, das im bayerischen Bezirkstag verabschiedet wurde.

Positiv ist sicherlich, dass wir wegkommen von der Fürsorge – Sozialhilferecht mit der Neuregelung der Eingliederungshilfe im SGB IX.

Der Vermögensfreibetrag für Betroffene wird schrittweise massiv erhöht und das Partnervermögen bleibt gänzlich verschont, damit ist eine Heirat mit einem Partner mit Behinderung keine Armutsfalle mehr. Es ist vorgesehen, dass es künftig einen Leistungsantrag geben soll und die Behörden sich untereinander verständigen, das sehen wir als große Erleichterung. Auch der Übergang von der Werkstätte auf den Arbeitsmarkt soll verbessert werden, dies ist ganz in unserem Sinn, da haben wir ja auch als Bezirk ein Modellprojekt. Wir hoffen, dass dies die Chancen am Arbeitsmarkt erhöht.

Kritik löste aus, dass die Träger der Eingliederungshilfe Leistungen künftig zusammenlegen, also poolen, dürfen. So soll ein Assistent etwa zur Hilfe zur Fortbewegung oder in der Wohnung für mehrere Menschen mit Handicaps eingesetzt werden können - allerdings nicht, wenn es um soziale Beziehungen oder persönliche Lebensplanung geht.

Die Bundesbehindertenbeauftragte Verena Bentele sagte der Deutschen Presse-Agentur: "Ich fürchte, dass es große Auseinandersetzungen geben wird, wenn Menschen ihre Assistenz allein in Anspruch nehmen wollen."

Beim selbstbestimmtem Wohnen bleibt es leider dabei, dass Menschen mit Behinderung aus Kostengründen ein Umzug ins Heim droht.

Bei aller Kritik, es sind gute Ansätze im Bundesteilhabesetz, nun muss sich zeigen was die Umsetzung bringt, wo die Schwierigkeiten liegen und wo ggf. nachgebessert werden muss.

Im Bereich des Einzelplans 4 Soziales und Jugend steigen die Ausgaben um ca. 70 Mill., dies ist zum einen der allgemeinen Kostensteigerung geschuldet als auch der steigenden Fallzahlen, u.a. auch im Bereich Hilfe zur Pflege, weil sich immer weniger aus eigener Kraft die hohen Pflegekosten im Heim leisten können. Dies zeigt aber auch deutlich, dass wir nicht bei den Leistungsempfängern sparen. Ein sehr hoher Anstieg ist auch bei den Ausgaben für Schulbegleiter zu verzeichnen, im Rahmen der von uns gewollten Inklusion nehmen immer mehr Eltern die Möglichkeit wahr, dass ihre Kinder dadurch eine Regelschule besuchen können. Eigentlich sollten diese personellen Hilfen als auch die hierfür nötige materielle Ausstattung aus unserer Sicht Teil der Schulausstattung sein, wir halten an unserer Forderung fest, dies muss im Rahmen inklusiver Schulbildung vom Kultusministerium geleistet werden.

Als eines der großen und herausragenden Projekte im Bezirk halten wir den psychiatrischen Krisendienst, den wir 2016 auf den Weg gebracht haben und der ja im Jahr 2017 in der nächsten Ausbauphase ist um den Menschen in Oberbayern bei einer plötzlichen Psychiatrischen Krise unterstützend zur Seite zu stehen ohne Stigmatisierung. Unser Dank geht an dieser Stelle an unsere Öffentlichkeitsabteilung, die sehr viel Engagement aufwendet um den Krisendienst breit bekannt werden zu lassen, und allen die am Aufbau mitwirken. Auch den Wohlfahrtsverbänden als Partner. Nicht unerwähnt lassen möchte ich das Modellprojekt Fallmanagement im Raum Rosenheim. Der Zwischenbericht zeigt, dass es für die daran Teilnehmenden eine große Entlastung ist, weniger Bürokratie bedeutet und passgenaue Hilfen gewährt werden können. Das zeigen die positiven Rückmeldungen, auch wenn es noch Nachjustierungen braucht. Ob das BTHG eine Veränderung erfordert ist abzuwarten.

Im pauschalfinanzierten Bereich kann in einigen Bereichen ein Ausbau stattfinden, u.a. bei den Zuverdienstarbeitsplätzen für psychisch Kranke. Auch konnte die psychosoziale Krebsberatung in Ingolstadt, die es seit 2010 gibt und deren Bundesförderung dieses Jahr ausläuft, in die Förderung aufgenommen werden. Sie ist eine wichtige Einrichtung für die Betroffenen in der Region. Auch

das Bayerische Sozialministerium beteiligt sich an den Kosten und der Dienst kann somit fortbestehen.

Kommen wir zum Bereich Kultur, Schulen und Jugend.

Wir als SPD Fraktion stehen für eine Kultur- und Heimatpflege, die sowohl für Traditionen steht, sich aber auch dem gesellschaftlichen Wandel annimmt und stellt und eben auch inklusiv ist. Veränderungen in der gesellschaftlichen Zusammensetzung und Zuwanderung, waren und sind schon immer eine Bereicherung gewesen. Ich möchte beispielhaft an der Stelle unseren Popbeauftragten erwähnen und seine inhaltliche Ausrichtung.

Unsere hervorragenden inklusiven Ausstellungsprojekte in der Galerie hier im Haus.

Aber es sei auch erwähnt, dass sich unsere Kultureinrichtungen auf einen inklusiven Weg machen und auch gesellschaftlichen Veränderungen stellen. Es soll im Übrigen keine Schmälerung der Leistungen sein, dass ich diese nicht alle namentlich erwähnt habe.

Die Erhöhung der Mittelzuweisung an den Bezirksjugendring halten wir für notwendig. Die Herausforderungen in der Jugendarbeit sind groß, Digitalisierung, neue Medien, Zunahme des Fremdenhasses, politische Bildung etc.

Die Erhöhung der Grundförderung für die Jugendverbände sahen und sehen wir als überfällig an.

Die Jugendverbände in Oberbayern leisten eine gute Arbeit und dafür brauchen sie Geld. Sie sind auch wichtiger Partner im Bereich Integration von Flüchtlingen und engagieren sich da auch.

Das neue oberbayerische Kinder- und Jugendprogramm geht in die Endphase, es soll ja zum Sommerplenum verabschiedet werden. An der Stelle danke ich allen Bezirkstagskolleginnen und -kollegen, den VertreterInnen des Bezirksjugendrings und der Kulturarbeit für die konstruktive und gute Zusammenarbeit. Neben vielen Zielen für die Zukunft hat sich politische Bildungsarbeit als ganz zentrales Thema herausgestellt.

Um den steigenden Anforderungen, wie Fallzahlensteigerungen gerecht zu werden und die beschriebenen Projekte umsetzen zu können, ist insbesondere in der Sozialverwaltung eine entsprechende Personalausstattung notwendig um einen guten Service für unsere Kunden vorzuhalten und andererseits die Arbeitsbelastung unserer Beschäftigten möglichst optimal zu gestalten. Für uns ist eine soziale und verantwortungsvolle Personalpolitik wichtig. Wir unterstützen die Stellenmehrungen.

Hinsichtlich der Investitionen in Baumaßnahmen, derer einige bereits begonnen haben und oder kurz davor sind in die Umsetzung zu gehen braucht es eine vorausschauende Investitionskostpolitik mit einem Mehrjahresinvestitionsprogramm, dies wurde in unserer Kämmerei hervorragend gesteuert.

Lassen Sie mich auf einige Bauvorhaben eingehen. Im letzten Jahr sprach Hr. Wimmer in seiner Rede noch vom Sorgenkind Werkstattgebäude Johanneskirchen. Im Jahr 2016 hat sich viel getan, der Generalauftrag ist unterzeichnet. Die Gespräche über Ersatzflächen für die Übergangszeit laufen gut. Die nötigen Gelder sind eingestellt. Einer Umsetzung steht nichts mehr im Weg. Man hätte auch nicht mehr länger warten dürfen, weil wir brauchen ein funktionelles Gebäude sowohl für die Mitarbeiter als auch für die Auszubildenden um Johanneskirchen zukunftsfähig zu machen und zu einem Ort, wo Arbeiten und Lernen Freude macht. Auch wenn die Übergangszeit für alle nicht leicht wird.

Eingangsgebäude – Glentleiten: der Spatenstich ist vollzogen und der Bau im vollen Gange – es gibt ja ein Ziel: Einweihung Josefi 2018

Der Umbau des Plenumssaals ist in vollem Gange und dann auch die landwirtschaftlichen Lehranstalten in Landsberg und Projekte beim Kommunalunternehmen. Dies ist eine gewaltige Herausforderung und Leistung unserer Bauverwaltung.

Wir kommen dem Ziel einer Realisierung näher mit der Machbarkeitsstudie für ein Arbeiter- und Industriemuseum in Dachau, was schon lange ein Wunsch der SPD im Bezirk ist.

Im Bezirk wird Inklusion gelebt – dies soll in allen Bereichen zur Anwendung kommen. Ein wichtiger Baustein ist dazu das Leitbild Inklusion der Bezirksverwaltung, dem ja auch ein Inklusionsplan folgen soll. Unser Wunsch ist es, dass der sowohl in unseren Einrichtungen als auch bei unseren Beteiligungen zum Tragen kommt, kommuniziert wird und zur Umsetzung kommt.

Zum Abschluss noch ein paar Worte zu unserem Kommunalunternehmen.

Als SPD-Fraktion finden wir es sehr positiv, dass aus der von uns initiierten Resolution aus dem Jahr 2014 viele Anregungen kamen und auch Anstrengungen unternommen wurden um die Versorgung psychisch kranker Flüchtlinge in gutem Maße sicherzustellen.

Der Fachtag des kbo zum Thema Flucht hat eine sehr große Resonanz gefunden. Die Referenten waren hervorragend und man bekam einen tiefen Einblick in die unterschiedlichen Traumata der Flüchtlinge, sowohl im Erwachsenenbereich als auch im Kinder – und Jugendbereich. Aber auch die Hürden wurden aufgezeigt, eine gute Versorgung aufzubauen und wie diese Hürden gemeistert werden.

Dazu gehören der Aufbau von Dolmetscherdiensten in den Herkunftsländern, interkulturelle Schulung des Personals um nur zwei Punkte zu nennen. Die Thematik wurde aus unserer Sicht sehr ernst genommen und vieles wurde umgesetzt. Aber auch die Finanzierungsproblematiken wurden aufgezeigt.

Baulich wurde auch einiges vorangetrieben um den steigenden Patientenzahlen gerecht zu werden, dafür wurden die Weichen gestellt. Wichtig ist hierbei, aber auch festzuhalten, dass es nicht zu Qualitätseinschränkungen bei anderen Behandlungsangeboten kommen darf.

Die Dezentralisierung wird weiter forciert und auch der Aufbau von ambulanten Angeboten.

Das Kommunalunternehmen ist ganzheitlich auch in diesem Jahr gut aufgestellt.

Einen ausdrücklichen Dank an Hr. Spuckti und Fr. Dr. Borrmann-Hassenbach und an die ganze Belegschaft des kbo

Wir von der SPD Fraktion finden, dass wir im Bezirkstag gut aufgestellt sind und auch im Jahr 2017 gute Vorhaben planen und auch neue Akzente in Richtung Inklusion gesetzt haben, Herausforderung wird sicherlich die Umsetzung des BTHG.

Die SPD Fraktion stimmt dem Haushalt 2017 in der vorliegenden Fassung zu

Im Namen der SPD Fraktion bedanke ich mich bei allen Beschäftigten der Bezirksverwaltung, des kbo, unserer Kliniken und in unseren Einrichtungen für ihren großen Einsatz um die Anliegen und Aufgaben des Bezirks im Jahr 2016 zu bewältigen und wünschen Ihnen und Ihren Familien ein geruhssames Weihnachtsfest, erholsame Feiertage und ein gutes Neues Jahr.

Die SPD Fraktion bedankt sich beim Koop Partner und den BezirkstagskollegInnen für die gute und konstruktive Zusammenarbeit und wünschen Ihnen ruhige und friedliche Weihnachten, für Sie alle persönlich ein gutes Neues Jahr und auch weiterhin eine konstruktive Zusammenarbeit zum Wohl der Anliegen des Bezirkes.

Nun eine persönliche Anmerkung – ich würde, wenn ich mir was wünschen dürfte, ein Europa wünschen, das wieder zusammenwächst, nicht weiter auseinanderdriftet, Frieden auf unserer Welt für alle Menschen, keine Kriege, Morde, Verfolgungen und ich hoffe auf die Vernunft vieler Staatsoberhäupter - wir haben nur eine Welt.

Haushaltsrede von Frau Bezirksrätin Petra Tuttas

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident Mederer,
sehr geehrter Frau Regierungspräsidentin Brunner,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

das Bundesteilhabegesetz, seit Jahren mit großer Beteiligung der Betroffenen und der Verbände diskutiert, hat die geweckten Erwartungen nicht erfüllt, das große Versprechen einen Paradigmenwechsel herbeizuführen, von der Fürsorge zur Selbstbestimmtheit, wurde auch 8 Jahre nach Einführung der UN-Behindertenrechtskonvention nicht eingehalten.

Besonders kritisch in diesem Gesetz ist der wachsende Auslegungsspielraum der Behörden, wenn es um die zu gewährenden Leistungen für Menschen mit Behinderung geht. Der Ermessensspielraum unserer Bezirksverwaltung wird also größer.

Kein Problem? Mehr Entscheidungen als Ermessenssache?

Ein Bereich des Ermessensspielraums wäre z.B. das 'pooling': Wohnen zwei Menschen mit Behinderung zufällig im gleichen Mietshaus, kann es als zumutbar gesehen werden, sich eine Pflegekraft zu teilen.

In kritischen Fällen würde der Bestandsschutz greifen, sieht das Gesetz vor. Nur - wenn beabsichtigt wäre, dass sich die Situation verbessert, dann bräuchte man keinen Bestandsschutz - das Gegenteil wäre der Fall, eine Absenkung der Leistungen ist also zu befürchten.

Die Ermessensentscheidungen stellen einen Rückschritt für die Menschen mit Behinderung dar, sie könnten mehr denn je von willkürlichen Entscheidungen betroffen sein, mehr denn je sollten wir deshalb über eine Ombudsstelle bei uns im Bezirk nachdenken.

'Ambulant vor Stationär' ist eine der Forderungen, für die wir uns übereinstimmend alle im Bezirk stark gemacht haben, dies ist jetzt im Gesetz nicht mehr verankert. Durch den im Gesetz eingeführten Kostenvorbehalt ist es damit jetzt vorbei: Ist beispielsweise eine stationäre Unterbringung im Heim günstiger als die ambulante Pflege, dann kann ein Betroffener auch gegen seinen Willen im Heim untergebracht werden. Ich hoffe sehr, dass wir uns gemeinsam im Bezirk gegen eine solche Auslegung wehren und unsere positive Grundhaltung zur ambulanten Versorgung nicht über Bord werfen.

Natürlich gibt es auch Verbesserungen im Bundesteilhabegesetz, wie erhöhte Einkommens- und Vermögensgrenzen oder die Einführung eines Budgets für Arbeit als Alternative zur Beschäftigung in einer Werkstatt, aber hier im Bezirk werden wir darauf achten müssen die Menschen mit Behinderung weiterhin mit hoher Qualität zu versorgen und den Ermessungsspielraum nicht zur Ausgabebremse zu benutzen.

Wir wissen nicht genau, was an Be- und Entlastungen auf die Bezirke durch das Gesetz kommt. Die finanziellen Auswirkungen und Risiken, die auf uns zukommen, können wir nur schwer abschätzen, eine Absenkung der Standards zu Lasten der Menschen mit Behinderung wird es mit uns jedoch nicht geben.

Die Generalsanierung des Berufsbildungswerkes (BBW) in München-Johanniskirchen beschäftigte den Bezirk auch heuer wieder sehr umfänglich.

Die Grüne Fraktion hat in den letzten Ausschüssen als einzige Fraktion **gegen** die Freigabe der Planung an einen Generalübernehmer mit Kosten von 35 Mio € gestimmt, und das mit sehr guten Gründen:

1. Bis zur letzten entscheidenden Sitzung ist dem Gremium keine Leistungsbeschreibung zur Prüfung der Bauleistungen vorgelegt worden. Auch viele deswegen offene Fragen blieben in dieser Sitzung leider unbeantwortet. Zum Beispiel blieb offen welches Dämmstoffmaterial für die Fassade ausgeschrieben wurde.

Welche Bauqualität, welche Bausubstanz bekommt der Bezirk für diese 35 Mio eigentlich?
Ökologisches und nachhaltiges Bauen sieht anders aus.

2. Zu glauben, durch den **Kostendeckel für den GÜ** würden die Kosten auch keinesfalls überschritten werden können, ist ein Irrglaube. Genauso bestätigt dies auch die Oberste Baubehörde in einem Schreiben Ende 2015 an den Bezirk Oberbayern.

3. Die Beauftragung eines Generalübernehmers sehen wir Grüne grundsätzlich kritisch.

Als öffentlicher AG sollten wir uns um das Handwerk und den Mittelstand kümmern, statt um große Baukonzerne.

Bei diesem Projekt herrscht bei CSU und SPD allein das Prinzip Hoffnung. Wir werden die Bauqualität und die künftige Baukostenentwicklung sehr genau weiter verfolgen und den Finger weiter in die Wunde legen, so dies notwendig ist.

Die Stellungnahme des Bund der Steuerzahler zur Kostensteigerung beim **Neubau Freilichtmuseum Glentleiten** ist uns allen bekannt. Sollte hier die Veröffentlichung einer „rudimentären Kostenschätzung“ die Ursache gewesen sein, so wie die Pressestelle des Bezirk Oberbayern. in einer PM dies mitgeteilt hat, muss die Professionalität hier unbedingt rasch verbessert werden. Es muss auch geprüft werden ob unsere Bauverwaltung mit ausreichend Personal besetzt ist, all ihre Aufgaben zu bewältigen.

Der erste Spatenstich wurde jedenfalls gemacht. Wir freuen uns auf das neue Eingangsgebäude mit Gastronomie und Museum. Zwar leider nicht in Passivhausqualität, jedoch insgesamt eine gelungene Architektur, primär aus Holz.

Flüchtlinge, das Thema das alle anderen Themen in den Hintergrund drängt.

Europa driftet auseinander. Anstatt in schwierigen Zeiten zusammenzuhalten und die Probleme versuchen gemeinsam zu lösen, lässt die Staatsregierung die Kommunen allein, die Bezirke müssen als Bittsteller auftreten.

Betrachtet man den Ausgang der Verhandlungen der kommunalen Spitzenverbände zum Finanzausgleich, so verbleibt die Zusage der bayerischen Staatsregierung zur (Re-)Finanzierung der Kosten für die heranwachsenden Flüchtlinge im marginalen Bereich. Mit 40 Euro, dann 30 Euro pro Tag werden die tatsächlichen Kosten (von jetzt ca.120 Euro) nur unzureichend gedeckt. Zudem bewirkt die Festschreibung einer „bedarfsgerechten“ Versorgung für lediglich zwölf Monate verbunden mit der Kostendeckelung eine Behinderung statt einer Befähigung junger Flüchtlinge in ihrem Integrationsprozess. Junge unbegleitete Flüchtlinge und Ausländer dürfen nicht aus finanziellen Erwägungen aus der Jugendhilfe herausgedrängt werden.

Wenn sich der Freistaat hier - trotz guter Kassenlage - an Bundesmitteln schadlos hält und diese Mittel nicht an die Bezirke weiterreicht ist dies ein skandalöses Vorgehen!

Denn der soziale Frieden in einer Gesellschaft, von dem auch die Wohlhabenden profitieren, den wird es nur geben, wenn wir bereit sind den Schwächsten helfen. Dies sollten wir nicht vergessen und die Kostenbremse nicht immer dann hervorholen, wenn es um soziale Leistungen für Menschen in schwierigen Lebenssituationen geht, egal ob es um Flüchtlinge oder um Menschen in anderen Notlagen geht.

Nur der Griff in die Rücklagen ermöglicht, den Hebesatz auf einem konstanten Niveau zu halten. Die finanzielle Unterausstattung des Bezirks durch den Freistaat gleicht einem würdelosen Würgegriff.

Aus diesem Grund werden wir dem Haushalt und der gleichbleibenden Bezirksumlage nicht zustimmen.

Unser Dank an die Finanzverwaltung für ihre Mitwirkung, trotz der beschriebenen Umstände den Haushaltsentwurf in einem transparenten Verfahren aufzubereiten und vorzustellen. Dafür Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber und dem ganzen Team ein herzliches Dankeschön. Unsere Ablehnung des Haushalts gilt nicht Ihnen, sondern den Vorgaben der Staatsregierung.

Dank an den Bezirksjugendring für die Erarbeitung des neuen oberbayerischen Kinder- und Jugendprogramms, für Ihren Einsatz für die grundlegenden Bedürfnisse und Lebensbedingungen junger Menschen, sowie die Stärkung und Erweiterung der Fähigkeiten und Fertigkeiten der Mitarbeiter/innen in der Jugendarbeit.

Danken möchte ich im Namen der Fraktion allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der gesamten Verwaltung, dem Kulturreferat, Frau Goriß und ihrem Team, u.a. für die vielen wunderbaren inklusiven Ausstellungen im Hause und den zu erwartenden inklusiven Roman in Leichter Sprache.

Dem Sozialreferat mit all seinen Mitarbeiter*innen für ihr Engagement, zuletzt auch sichtbar bei der Verleihung des Inklusionspreises.

Wir danken auch dem Umweltreferat, insbesondere der Umweltbeauftragten Frau Stenzel. Nicht zuletzt ihrem Engagement ist es verdanken, dass der Zweckverband Donaumoos wieder an die Rolle des Bezirks im Zweckverband erinnert wurde und somit ein wichtiger Impuls zur Weiterentwicklung des Donaumooskonzeptes gesetzt werden konnte. Die Dialogreihe "Alpenflüsse - Gestern.Heute.Morgen?" ist ein vorbildhaftes Format, um komplexe Interessen und Notwendigkeiten zusammen zu bringen.

Danken möchte ich den Kliniken des Bezirks Oberbayern für Ihr Engagement und Ihren Einsatz, der häufig über das allgemein übliche Maß hinausgeht, u.a. auch bei der Versorgung von Flüchtlingen. Vielen Dank stellvertretend für alle Mitwirkenden an Frau Dr. Bormann-Hassenbach, für das gelungene Symposium "Grenzenlose Medizin - Migration und psychische Gesundheit", sowie für das aktuelle kbo-Magazin, das sich der Versorgung von Menschen mit Fluchterfahrung/Migrationshintergrund und einer psychischen Erkrankung widmet. Ihnen allen ist eine Ausgabe mit bleibendem Wert gelungen, die sich sensibel und vielfältig zugleich mit dieser Thematik auseinandersetzt.

Nicht zu vergessen unser Dank an den Gesamtpersonalrat und den Betriebsrat.

Ihnen allen frohe Festtage, eine geruhsame Zeit „zwischen den Jahren“, ein gesundes und glückliches Neues Jahr.

Haushaltsrede von Herrn Bezirksrat Florian Weber

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

zunächst möchte auch ich mich bei der Kämmerei und namentlich bei Herrn Getzlaff für die ausführliche und kompetente Vorinformation bezüglich des Haushalts in unserer Fraktion bedanken.

Der Haushalt 2017 ist wiederum ein Rekordhaushalt und das in schwierigen Zeiten. Die Bayernpartei hat dem letzten Nachtragshaushalt nicht zugestimmt, da die anfallenden Kosten für die jungen erwachsenen Flüchtlinge zu schultern waren. Eine Aufgabe, die unserer Meinung nach nicht von der kommunalen Ebene zu meistern ist, sondern vielmehr von denen, die dafür politische Verantwortung tragen.

Hier hat es nun, besonders auch dank des Einsatzes unseres Präsidenten, eine Verbesserung gegeben, die uns zwar nicht völlig zufrieden stellt, die aber vor allem für die Zukunft ab 2018 eine Abhilfe in Aussicht stellt.

Was für uns besonders wichtig ist, ist dass die Bezirksumlage stabil gehalten wird und dies ohne Neuverschuldung. Dabei sehen wir natürlich mit Sorge, dass die Rücklagen des Bezirks, die eigentlich primär für das Abfangen der Kostensteigerungen im Sozialbereich geplant waren, so drastisch abgeschmolzen werden.

Unter anderem deshalb halten wir an unserer Kritik fest, dass die anfallenden Kosten im kommenden Jahr, die der Bezirk in mehrfacher Millionenhöhe für die unbegleiteten jungen Flüchtlinge tragen muss, eigentlich nicht auf die Schultern des Bezirks geladen werden dürfen, zumal wir ja keinen Einfluss auf die Leistungen nehmen können.

Auch die künftigen Planungen in diesem Bereich mit Überführung des genannten Personenkreises in das Sozialgesetzbuch VIII erfüllt uns mit Sorge, da die anfallenden Kosten ja irgendwie getragen werden müssen.

Bei den anderen Positionen des Haushalts fällt wie nahezu jedes Jahr auf, dass im Bereich Soziales ein deutliches Ansteigen der Kosten zu bemerken ist.

Wollen wir hier eine deutliche Mehrbelastung der Bürger verhindern, müssen wir ernsthaft darüber nachdenken, ob wirklich nahezu jeder Modellversuch, der im GSV Gremium oder im Sozialausschuss vorgestellt wird, auch genehmigt werden kann. Damit wollen wir aber natürlich nicht notwendige Entwicklungen verhindern, sondern verlangen nur noch genauere Prüfungen der möglichen Auswirkungen auf die Betroffenen wie auch auf den Bezirkshaushalt.

Die Ausgaben für die kulturellen Aufgaben des Bezirks sind aus unserer Sicht weitgehend richtig. Besonders positiv zu erwähnen sind unter anderem das Trachteninformationszentrum in Benediktbeuern und das Volksmusikarchiv in Bruckmühl. Weiterentwicklungen in diesen Bereichen halten wir sehr positiv und diese finden natürlich auch unsere Zustimmung. Ebenso wie die Erhöhung beim Denkmalschutz um € 100.000,-.

Auch die Fachberatungsstellen für Imkerei und Fischerei leisten eine sehr gute Arbeit und die maßvollen Stellenerweiterungen in der Vergangenheit tragen wir mit.

Ein Dauerbrenner, finanziell gesehen, bleiben das Kloster Seeon und der Schafhof. Hier wird im Falle Seeons ein Investitionsvolumen nötig, welches wir mit gewisser Sorge sehen, was aber wohl nicht zu verhindern ist, will man nicht die „Konkurrenzfähigkeit“ verlieren.

In Bauangelegenheiten sehen wir grundsätzlich noch Einsparpotenzial. Ein Beispiel hierfür ist das Informationszentrum auf der Glentleiten. Hier wurden zwar in der Öffentlichkeit in Bezug auf die Kosten Äpfel mit Birnen verglichen, doch ist daran der Bezirk nicht ganz unschuldig.

Insgesamt stelle ich für die Fraktion der Bayernpartei fest, dass wir dem Haushalt, trotz einiger Bedenken, besonders aber um das Engagement unseres Bezirkstagspräsidenten bei seinen Verhandlungen mit der Staatsregierung zu würdigen, zustimmen werden.

Zum Schluss möchte ich im Namen der gesamten Bayernpartei-Fraktion allen Kolleginnen und Kollegen, wie auch der gesamten Bezirksverwaltung ein frohes Fest und ein gutes neues Jahr wünschen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Haushaltsrede von Herrn Bezirksrat Rainer Schneider

-Es gilt das gesprochene Wort-

Verehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine verehrten Damen und Herren, im Namen der Fraktion, aber auch persönlich, möchte ich ein herzliches Dankeschön den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bezirksverwaltung für die Vorbereitung und mehrfache Überarbeitung des Haushaltsentwurfs aussprechen. Ein besonderer Dank gilt dabei Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber auch für die ausführlichen Erläuterungen der Unterlagen und die Beantwortung unserer Fragen.

Für uns war in diesem Jahr wieder die langfristige Finanzierbarkeit der Bezirksaufgaben im Vordergrund gestanden, wie auch die Betrachtung der ständig steigenden Zahl von zusätzlichen Verpflichtungen.

Die gesamten Diskussionen waren auch heuer vom Thema „Unbegleitete Minderjährige“ und deren Folgewirkung beim Eintritt ins Erwachsenenalter überlagert.

Bei den letztjährigen Haushaltsberatungen sagte ich, dass für uns der gewählte Haushaltsansatz für 2016 von € 9 Millionen nur deshalb akzeptabel erscheint, als bei einer Unsicherheit zwischen € 60 bis 120 Millionen an Kosten die derzeitige Rücklage den nötigen Puffer böte.

Allerdings waren wir dabei der Auffassung, dass die Verhandlungen mit dem Freistaat kurzfristig zum Erfolg geführt werden müssten. Dass sich diese aber so kompliziert und langwierig gestalten und sich am Ende eine Kostenbeteiligung des Freistaats, bei den erwachsen werdenden Unbegleiteten, von faktisch nur einem Drittel ergab ist in unseren Augen sehr enttäuschend.

Zeigt es einerseits zwar, dass die Solidarität der „Kommunalen Familie“ gegeben ist, andererseits aber auch, dass die außergewöhnliche Situation für die Bezirke durch die UMA von der Staatsregierung nicht ohne Druck noch annähernd angemessen berücksichtigt wird. Damit isoliert sie sich auf der Ebene der Bundesländer.

Wirklich beschämend ist aber vor allem das Abstimmungsverhalten einiger CSU-Abgeordneter in diversen Kreiskomitees, als es um die Resolution und damit den Hilferuf der „Kommunalen Familie“ ging. Man kann sich des Eindrucks nicht verwehren, dass manche MdLs mit dem Eintritt in dieses Gremium ihre kommunalen Wurzeln und damit ihre Verantwortung den Kommunen gegenüber schlichtweg vergessen haben.

Die Fraktion der Freien Wähler sieht mit großer Sorge, dass das durch den erzielten Kompromiss nunmehr notwendige starke Abschmelzen der Rücklage, auch bei einer weiterhin stabilen Umlagekraft und einer Beibehaltung der Bezirksumlage, mit einem Hebesatz von 19,5%, zu einer längerfristigen Unterfinanzierung des Bezirks führen wird.

Bei den ersten Gesprächen zum Haushalt 2017 stand ja auch eine fraktionsübergreifend getragene Umlagenerhöhung von 2% im Raum.

Diese konnte nunmehr durch das Verhandlungsergebnis vermieden werden, wenn auch der Preis dafür hoch ist. Die nächsten Jahre werden zeigen ob nicht ein Pyrrhussieg eingefahren wurde.

Denn damit liegt die Höhe der Rücklage am Ende des Haushaltsjahres und die damit verbundene Liquidität auf einem gerade noch vertretbaren Niveau.

Ferner stellen wir fest, dass die Schuldentilgung, nunmehr aus ökonomisch klar nachvollziehbaren Gründen, nahezu zum Abschluss gebracht ist.

Aus den genannten Gründen war es für uns, bei der Beurteilung der Haushaltssituation für das Jahr 2017 und dem sich daraus ergebenden Ausblick auf künftige Haushaltsjahre, nicht einfach ein Abnicken und damit ein lapidares Zustimmung, sondern es bedurfte einiger Anstrengung damit wir der Empfehlung des Bezirksausschusses folgen und somit dem Haushalt 2017 mit den dazugehörigen Bestandteilen zustimmen können.

Besonders in diesem Jahr hat sich das Gesamtverantwortungsbewusstsein innerhalb der kommunalen Familie gezeigt.

Im Gegensatz dazu zeigt der Freistaat seine Solidarität mit den Kommunen beim Art. 15 FAG trotz ständig steigender Kosten leider immer noch nicht.

Es wäre erneut, wie im letzten und vorletzten Jahr bereits erwähnt, ein Gebot der Stunde gewesen, im Sinne der Betroffenen zu entscheiden und auch der guten Haushaltslage geschuldet, die Mittel deutlich aufzustocken. Dies ist wieder unterblieben. Es drängt sich daher beinahe die Aussage auf, dass der Finanzierungsanteil des Art.15 FAG in Oberbayern zur Marginalie verkommt.

Ebenso wird das große Thema Inklusion auf dieser Ebene weiterhin sehr stiefmütterlich behandelt und in keinsten Weise mit auch nur annähernd ausreichenden Geldmitteln ausgestattet. Es sieht zunehmend so aus, als würde der Freistaat auch hier die Kommunen im Regen stehen lassen.

Verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Namen der Fraktion der Freien Wähler wie auch persönlich, danke ich Ihnen für die stets konstruktive und parteiübergreifend sehr freundschaftliche Zusammenarbeit und wünsche Ihnen und Ihren Familien eine besinnliche Adventszeit, ein frohes Weihnachtsfest und Gesundheit, Glück und Erfolg im Jahr 2017.

Vielen Dank.

Haushaltsrede von Frau Bezirksrätin Sigrid Friedl-Lausenmeyer

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin, sehr geehrter Herr Präsident, geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen,

bei der Rückschau auf das Bezirksjahr 2016 kann man sagen, es war geprägt von drei wesentlichen Themen:

Zum einen hatten wir über unzählige Bauprojekte abzustimmen, es wurde viel Gutes und manches Schwierige in die Wege geleitet, viel Notwendiges und manches Gewünschte. (Baustellen: Glentleiten, Agrarbildungszentrum, Neubau Carl-August-Heckscher-Schule, Plenarsaal, JoKi, Dach Johann-Nepomuk-von-Kurz-Schule, Haus im Moos, Kloster Seeon).

Sehr begrüßenswert ist der nunmehr ernsthaft zu erwartende Baubeginn in Johanniskirchen, für den Sie, Herr Präsident, den frühestmöglichen Zeitpunkt forcieren wollen. Diese gefühlte Never-Ending-Story findet dann hoffentlich bald doch ein Ende, ein gutes Ende.

Zuletzt durften wir einem Zukunftsprojekt den Weg bereiten, nämlich dem Arbeiter- und Industriekultur-Museum in Dachau, dies fiel uns leicht durch eine hübsche Machbarkeitsstudie und eine annehmbare Kostenschätzung. Eröffnet werden soll das Museum dann im Jahr 2025, und beim Gedanken an die Kausalität zwischen Planungszeitraum und Kostenentwicklung zuckten einige merklich zusammen. Hier kann man nur hoffen, dass Transparenz und Offenheit sich mit Vernunftentscheidungen paaren und diese wunderbare Idee so im Zaum halten, dass sie für die Entscheidungsträger der drei kommunalen Träger vertretbar bleibt.

Wenn man insgesamt die Fülle der Bautätigkeiten sieht, kann man sagen: Die „Hardware“ des Bezirks Oberbayern wird runderneuert. Der Investitionsstau scheint sich langsam aufzulösen. In Anbetracht der vielen anderen Aufgaben kann man hoffen, dass im neuen Jahr keine weiteren Projekte dieser Art mehr dazukommen, es sollte dann mal eine Ruh sein mit der Bauerei.

Zum zweiten waren die Sitzungen geprägt von den anspruchsvollen Projekten wie Ex-In und psychiatrischer Krisendienst. Bei Letzterem möchte ich die Pressearbeit lobend erwähnen, wir finden die Werbematerialien dafür sehr ansprechend und finden es gut, dass wirklich von Landkreis zu Landkreis mit Pressekonferenzen vor Ort dafür geworben wird. Wir wünschen dem Projekt insgesamt viel Erfolg, es wird ein wirklich hilfreicher Weg sein für Menschen in psychischen Notlagen, und für jeden einzelnen Fall, bei dem nicht Notarzt und Polizei ausrücken müssen, wird sich diese Einrichtung lohnen.

Drittens beherrschten unsere Sitzungen die Causa „Kosten für die jungen erwachsenen Flüchtlinge“, die noch der Jugendhilfe bedürfen.

Es ist schon bedauerlich, dass man sich in den bayerischen Ministerien so hartleibig zeigt, ungerührt den Kommunen alles aufbürden will, das ist insgesamt kein gutes Zeichen. Ich darf mich hier ausdrücklich für unsere FDP-Fraktion bei Ihnen, Herr Präsident, bedanken für Ihre nachhaltigen Verhandlungen mit den Ministerien und der Staatsregierung, die zu diesem uns jetzt vorliegenden Ergebnis geführt haben, das zwar nicht wirklich gut ist für unsere Rücklagen, aber doch für die Stabilität der Umlage. Vor Ort allerdings wird das wenig kommuniziert. In der Starnberger Presse las ich nach der Kreistagssitzung mit den Haushaltsberatungen von der „Zwangsabgabe nach München“ – womit die Bezirksumlage gemeint ist. Das ist die Krux am Umlagesystem. Die Stimmung wird nicht besser werden mit den an die Kommunen „geliehenen“ 4 Mrd. Euro!

Ein Bundesleistungsgesetz würde da schon helfen, wie wir es Jahr um Jahr angesprochen haben und Sie, Herr Präsident, es in Ihrer Haushaltsrede 2013 treffend geschildert haben. Sie wollten nicht locker lassen, die angestrebte Drittellösung zu erreichen und dass aus der vagen Absichtserklärung im Koalitionsvertrag konkrete Gesetzestexte werden. Dass es nicht gelungen ist, und das ist nur eine Feststellung und mitnichten Kritik, Herr Präsident, vielmehr möchten wir Sie ermuntern, gerade jetzt im kommenden Wahljahr erneut sich in diese Verhandlungen hineinzubegeben und dranzubleiben.

Ebenso sollte es bei der jetzt hart errungenen Fassung des Bundesteilhabegesetzes sein. Leider bleibt die individuelle Förderung und „Ambulant vor stationär“ auf der Strecke, da kostenabhängig und somit vom Wunsch- und Wahlrecht und dem Inklusionsgedanken weit entfernt. Wir hoffen und wünschen uns, dass wir als Bezirk Oberbayern – als auch der Bayerische Bezirkstag – auch „dranbleiben“.

Es ist so vieles gesagt worden heute, dem wir auch zustimmen können, was ich aber nicht wiederholen möchte, damit es nochmal gesagt ist ...

Aber zwei Dinge hab ich noch:

Beim Ausblick auf das Jahr 2017 fällt uns ein: anstehende Gesetze, wie bereits gesagt, oder auch das Maßregelvollzugsgesetz müssen als die „Software“ des Bezirks Oberbayern intensiv und kritisch begleitet werden, begonnene Projekte zum Erfolg geführt werden und die Inklusion ist noch längst nicht in der Zielgeraden. Hier sehen wir Freie Demokraten noch eine besondere Herausforderung bei allen Themen rund um die Psychiatrie; freiheitsentziehende Maßnahmen und Zwangsmedikation sollten im Rahmen von Diskussionen um Inklusion nicht vermieden, sondern gezielt angestoßen werden. Ich empfinde dieses Thema manchmal als eine Art Gespenst, das in der Ecke hockt und über das keiner sich zu äußern wagt. Wie bei allen die Inklusion betreffenden Themen müssen wir als Gesellschaft auch hier die Möglichkeit haben, zu entscheiden, wie wir mit unseren psychisch kranken Menschen umgehen wollen. Und es gibt – davon konnten wir uns als Fraktion bei Besuchen verschiedener Einrichtungen überzeugen – dafür durchaus unterschiedliche Ansätze. Hierbei sind nicht nur Gesetze maßgeblich, vielmehr gehört dieses Thema in die gesamtgesellschaftliche Diskussion genauso wie alle Überlegungen und Ausarbeitungen für Menschen mit körperlichen Behinderungen.

Und dann noch der Hinweis, wie wir das mit dem Haushalt sehen: Wir lehnen diesen Haushalt NICHT ab. Das Vorgehen der Staatsregierung sehen wir als nicht relevant für unsere Verantwortung für den Bezirk – auch wenn wir das natürlich missbilligen, wie bereits gesagt und wie wir uns letztes Jahr dazu schon äußerten. Ansonsten gäbe es für eine Ablehnung keine Gründe, dem diesjährigen Haushaltsentwurf werden wir also zustimmen, nach den Erläuterungen durch Herrn Getzlaff blieben keine Fragen, und nach Herrn Mederers Verhandlungserfolgen verwehren wir natürlich die Zustimmung erst recht nicht, auch wenn wir das Anpicken von Rücklagen für derartige Zwecke nicht so mögen. Aber dieser Kompromiss muss drin sein.

Bleibt mir also, zum Jahresschluss zu danken für die konstruktive Zusammenarbeit, ein Dank für das Engagement der Direktoren, Geschäftsleiter und Mitarbeiter sämtlicher Einrichtungen des Bezirks und für die Informationsbereitschaft der Verwaltung, insbesondere der Kämmerei mit Herrn Getzlaff und seinem Team. Und ein besonders lieber Dank an Frau Büllesbach, die bei ihrem breiten zu bewältigenden Aufgabenspektrum sich auch mal erfolgreich der Reklamation über die Qualität des hauseigenen Bohnenkaffees annimmt, den man jetzt wieder mit Genuss trinken kann.

Ihnen allen eine besinnliche, frohe Weihnachtszeit und für das neue Jahr viel Kraft für die anstehenden Aufgaben.

Haushaltsrede von Herrn Bezirksrat Tobias Ruff

-Es gilt das gesprochene Wort-

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

erlauben Sie mir, dass ich in meiner letzten Rede vor dem Oberbayerischen Bezirkstag etwas weniger auf die Zahlen des Haushaltes fokussiere und stattdessen auch hie und da meine persönliche Sichtweise einfließen lasse.

Auch wenn die Vorbesprechungen und Beratungen des Haushaltes, sehr geehrter Herr Getzlaff, Frau Hirschhuber, dieses Jahr unter einem großen Fragezeichen standen: Wird es gelingen den Freistaat zu bewegen, sich an den Kosten, die dem Bezirk im Bereich der Flüchtlinge entstehen, zu beteiligen? Und in der Folge, wird es uns gelingen, die Bezirksumlage stabil zu halten? Eine der zentralen Zahlen des Haushaltes.

Sehr geehrter Herr Präsident, Sie haben hier mit großem Engagement gewirkt, letztlich mit Erfolg. Mehrere Vorredner haben dies bereits dankend erwähnt. Ich möchte aber noch einen weiteren Aspekt unterstreichen. Die Diskussion, die um dieses Thema geführt wurde hat uns gezeigt, dass es sich lohnt für den Bezirk zu streiten. Und zwar nicht nur im finanziellen Sinne. Wir waren so häufig in der Presse wie selten. Und das mit dem Aufgabengebiet Soziales, das obwohl es wenn man die Zahlen betrachtet das bedeutendste des Bezirks, vielleicht sogar die Kernaufgabe ist, sonst nicht entsprechend wahrgenommen wird. Es ist gelungen darzustellen, was der Bezirk Oberbayern eigentlich macht, für was er steht und wofür wir ihn brauchen. Herzlichen Dank hierfür!

Meine Vorredner haben schon eine Reihe der Herausforderungen dargestellt, denen sich der Bezirk Oberbayern in den kommenden Jahren in zunehmendem Maße stellen muss. Ich möchte mich daher darauf beschränken diese nur ausschnittsweise unter Zuhilfenahme von Beispielen zu beschreiben und wo nötig zu ergänzen.

Demenz, ein Thema, das den Bezirk seit Jahren beschäftigt, bei dem es immer nur „Verlierer“ wegen ungeklärter Zuständigkeiten gibt. In allen Städten, zahlreichen Gemeinden gibt es Initiativen, die sich dieses zunehmenden Personenkreises annehmen. Tagespflegeeinrichtungen, Besuchsdienste, Wohngemeinschaften. Politisch jedoch sind die Zuständigkeiten immer noch nicht geklärt. Sogenannte „Leuchttürme“ eröffnen und werden innerhalb kurzer Zeit aus Finanzierungsgründen geschlossen. Das Engagement vieler Bürger, Ehrenamtlicher, deren Geld und Zeit wird in diese Arbeit gesteckt aber die Politik tritt auf der Stelle.

Ganz besonders problematisch ist das Thema der Zuständigkeit bei „ambulant betreuten Wohngemeinschaften“ für Menschen mit Demenz. Auf Grundlage des Bayerischen Bezirkstags sieht der Bezirk dieses Angebot als Hilfe zur Pflege an, nicht als Eingliederungshilfe, damit sind die Kommunen in der Pflicht. Schon eine Anzahl von Wohngemeinschaften, die Leistungserbringer vor Ort, sind durch diese ungeklärten, langwierigen Verhandlungen aufgrund horrender Außenstände in Bedrängnis geraten.

Kinder- und Jugendpsychiatrie: Die Anzahl der Kinder und Jugendlichen, die einer Psychotherapeutischen Behandlung bedürfen, nimmt in erschreckender Weise zu.

Obwohl in der Vergangenheit das stationäre, teilstationäre und ambulante Angebot ständig ausgebaut wurde, stoßen die Kliniken immer öfter an ihre Grenzen. Im November war die Heckscher Klinik mit über 125 % belegt!

Im Neuen Jahr sollte sich die Politik intensiv mit diesem Thema befassen und auch den Personenkreis der geistig und mehrfachbehinderten Jugendlichen in den zu versorgenden Personenkreis mit einschließen, wie es in der 2017 zu eröffnenden Klinik in Haar vorgesehen ist. Traumatisierte junge Flüchtlinge, die zusätzliche Erschwernisse bei der Versorgung mitbringen, wie die Einbeziehung von Dolmetschern, Vormundschaften und Jugendhilfeeinrichtungen haben einen größeren Zeitbedarf und benötigen damit mehr Personal (Psychiater und Therapeuten) für ihre Behandlung. Die räumlichen Verhältnisse sind aber so begrenzt, dass es für alle Beteiligten schwierig ist mit der aktuellen Situation zurechtzukommen. Es besteht ein akuter Mangel an Fachkräften in der Kinder und Jugendpsychiatrie. Es wird nicht leicht sein, hier entgegenzuwirken!

Das Thema Bauen hat uns das Jahr 2016 hindurch in vielerlei Hinsicht beschäftigt. Und so wird es auch in 2017 bleiben. Es sind noch einige Baustellen offen. Und das kann man durchaus im doppelten Sinne sehen.

Erschrocken sind wir über die Kostensteigerungen und Verzögerungen am Agrarbildungszentrum in Landsberg am Lech. Freilich wurden uns die Probleme an dem Jahrhunderte alten denkmalgeschützten Ensemble nachvollziehbar erklärt. Einen Vorwurf kann man hier niemanden machen. Aber erschrecken darf man trotzdem.

Erschreckend ist auch der Preis des neuen Sitzungssaales. Ärgerlich ist zudem der doch sehr späte Zeitpunkt der Fertigstellung. Ich weiß, wir haben gemeinsam noch einmal darüber gebrütet, um Einsparungen an Kosten und Bauzeit zu erreichen. Aber war zu diesem Zeitpunkt wirklich noch etwas zu ändern?

Auch die Baustelle an der Glentleiten lässt uns nicht los. Holzschutzmittel, FFH-Problematik, Hochwasserrückhaltung, Entwässerung, Wegerechte, Rechtsstreit, Feuerwehranfahrt, Parkplatzverlegung. Hoffentlich muss die Liste in 2017 nicht noch erweitert werden. Zu oft hatte man schon den Eindruck, dass noch ein Scheibchen präsentiert wird.

Aber auch beim Thema Bauen gibt es Erfreuliches zu berichten. In Seeon haben wir erst kürzlich einen Beschluss gefasst, wie wir die Liegenschaften künftig mit Energie versorgen wollen. Ich halte das Konzept für durchdacht. Was mich als Umweltpolitiker besonders freut ist, dass wir nicht die billigste sondern die nachhaltigste, eine sehr umweltfreundliche Variante gewählt haben.

Noch erfreulicher ist die Entwicklung am BBW in Johanniskirchen. Nach über 10 Jahren Planungszeit, die mit vielen personellen Veränderungen einher gegangen ist, vielen Verwerfungen und Neuplanungen, die Zeit und Geld verschlungen haben und die Nerven der Mitarbeiter/innen belastet und für Frustration gesorgt haben, ist nun endlich der Beginn der Baumaßnahme in „trockenen Tüchern“.

Die geplante Interimslösung auf dem freien Grundstück neben den Schulen war jahrelang als nicht realisierbar erschienen. Die befürchteten Komplikationen mit der An- und Abfahrt der Busse für die Schülerbeförderung sind nun offenbar auch ausgeräumt und die Gefahren für gehörlose Schüler und Auszubildende minimiert.

Für die Auszubildenden, Ausbilder, Lehrer und Mitarbeiter des Schulzentrums dürften die großen Ängste, die mit der Bebauung oder Nutzung des Sportplatzes aufgekommen sind sich nun legen. Die große Erleichterung der Betroffenen ist wahrzunehmen.

Wir hoffen und wünschen, dass die Sanierung tatsächlich in zwei Jahren zu realisieren ist, keine großen unangenehmen Überraschungen während der Bauphase auftreten. Mit kleineren Unannehmlichkeiten ist immer zu rechnen, aber das kann uns nicht schrecken.

In diesem Sinne Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns weiter um die besten Ideen ringen und dann gemeinsam an einem Strang ziehen

Wir, die ÖDP Bezirksräte, werden dem Haushalt zustimmen. Wir halten ihn im Großen und Ganzen für gelungen. Wo wir in einzelnen Sachfragen anderer Meinung sind, werden wir dies in den Ausschüssen und im Plenum durch Wortmeldungen und durch unser Abstimmungsverhalten dokumentieren.

Nochmals Ihnen, Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, herzlichen Dank! Gesegnete Weihnachten und ein gutes Neues Jahr!

Haushaltsrede von Frau Bezirksrätin Martina Wenta

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste,

mei diesjährige Haushaltsrede hod von mir ein Motto griagt und, damit's auch a bissl zu Weihnachten passt, des Motto Hoffnung. Hoffnung spuit in der staaden Zeit ja a groaße Roin, des christliche Abendland wartet auf die Ankunft Jesu: Ganz im Lichte der christlich, abendländischen Leitkultur. Der oane hofft, dass er über de Feiertog ned z'vui zuanimmt, der andere hofft, dass er no a Urlaub griagt und Hilfsorganisationen hoffan ab b'sonders vui spenden. Kinder – und do sans olle gleich – hoffan auf vui Gschenka. Und mir olle hoffan, dass des kommende Johr auf de oa oder anda Art „guad“ werd.

Oane von meine Hoffnungen für des Johr is bereits erfüllt worn: A übersichtlicher und guader Haushoit für 2017. Wie jeds Johr ham si de Frau Hirschhuber und der Herr Getzlaff wieder vui Zeit gnomma um den Haushoit auf zum stellen und a, um ihn uns Bezirksräte verständlich zum macha. Für des mecht i mi, genau wie meine Vorredner a scho, ganz herzlich bedanga. Und obwois ma ned ganz leicht foid, werd i dem Haushoit a zuastimma – einfach, weil er, wia ma so sche sogt, alternativlos is.

Mit dem Haushoit für 2017 is doch recht eng oba ganga. Um oa Hoor hätt de Bezirksumlage erhöht wern miassen, obwoi ma 'n ja eigentlich stabil hoitn woitn. De Hoffnung -eigentlich eher des Versprechen an de Landkreise und kreisfreien Städte – hätt se boid ned erfüllt. Und des nur wega der Hoffnungen von andere Leid. Von Fremde. Leid, de auf a besseres Lem hoffan, oder a nur darauf, dass überhaupt lem – und deshoib zu uns nach Deitschland keman. Kinder und Jugendliche ohne ihre Eltern, für die bei Eintritt in de Volljährigkeit der Bezirk aufkema muass, sofern sich de junga Leid in Jugendhilfeeinrichtungen befinden. Und so a Unterbringung kost natülich Geld.

Mit ham olle große Hoffnungen in den Spitzentreffen der Kommunalverbände mit der Landesvertretung Anfang Dezember gsetzt. Und ja, es hod a Einigung über de Kostenübernahme von den volljährig gewordenen Geflüchteten in de Jugendhilfeeinrichtungen gem. Wie erhofft bleibt de Landkreise und kreisfreien Städte in Oberbayern a Umlagesatzerhöhung oiso erstmoi erspart. Aber wia gsogt: Erstmoi.

Denn eigentlich is de Einigung a Milchmädchenrechnung. De Kosten für an unbegleiteten jungen Erwachsenen wern von Freistaat auf grod moi 80 Euro am Dog gschätzt, vo dene 40 vom Land übernomma wern soi. Der Bezirk rechnet aber mit wesentlich realistischere 125 Euro am Dog in 2017, de sich hoffentlich auf 110 Euro senken lassen. Oiso scho jetzt is de Rechnung von der Landesregierung vui 'z optimistisch. Für uns hoaßt des, dass vorerst 58 Millionen für de junga Geflüchteten aus der Rücklage entnomma wern miassen. Aber das langt freilich nu, wenn de Fallzahlen stabil bleim und ned steing, wos zu hoffen bleibt.

Aber... wos hoffan mir do eigentlich? Hoffan mir, dass sich de Lage in de Herkunftsländer bessert? Oder dass weniger Leid den Weg zu uns schaffan? Ich hoits auf jeden Foi für foisch, de junga Geflüchteten nur ois Belastung im Bezirkshaushalt zum seng oder als Bürde für die Gesellschaft aufzufassen.

Jeder Mensch der zu uns nach Deitschland kimmt ist doch zuerst moi a Chance. A Chance auf a Facharbeiterin, an Fuaßboitrainer, a Mutter, an Azubi oder a Studentin, a Chance für Integration, für Multikulturalität, letztlich a Chance für uns olle. Und ned nur, aber grod em bei de Junga miass ma uns darüber im Klaren sei, dass es koa Frog von 30 oder 40 Euro am Tag sei der, diese Chance dann a zum ergreifa.

Leider is echt schwar die Chancen von Migration a breiten Bevölkerung zu vermitteln, wenn rhetorisch gewandte Demagogen nur auf die Ängste und Bedenken der Leid obzielen. Für des braucht's übrigens koa Frauke Petry und an Alexander Gauland: es reichen a scho a Markus Söder und a Horst Seehofer. i denk do z.B. an den Kostenvergleich von junge Geflüchtete und Rentner vom Söder – sowos trogt ned zu a sachlichen Diskussion bei! Und es is genau diese Landesregierung, die sich dann a mit Hängen und Würgen des äußerst wacklige Zugeständnis mit

de 40 bzw. 30 Euro aus de Rippen hod leiern lassen. Zusammengefasst kon ma oiso song, dass die Ankunft des keinen Jesus freudig erwaretet wird, die Ankunft des kleinen Achmed jedoch schrecklich gefürchtet.

Dass es überhaupt dazua kema ist, is sicherlich dem einzigartigen Engagement vom Herrn Mederer zu verdanken. Danke dafür, ganz herzlich. Eana Einsatz gibt vui Hoffnung. I bin ma sicher, sie wern sich auch kommendes Jahr, wenn nei verhandelt werd, wieder mit gleichem Elan in die Verhandlungen stürzen. Bis dahin hoaßts erstmoi: Abwarten – und hoffen.

Aber jetzt nu ganz kurz zu was anderem: Im Bezirkshaushalt für 2017 kimmts ja in alle Bereiche zu Kostensteigerungen. Sei's in der Behindertenhilfe oder de Schuin. Des is aber sehr positiv zu werten, da des hoaßt, dass die Gelder vom Bezirk a do okeman was braucht wern.

Der Krisendienst geht peu a peu an den Start und gibt dene Leid, die sich in a akuten Krise befinden ganz vui Hoffnung!

Und endlich beginnt ja a der Bau in Johanniskirchen – i hoff inständig, dass do ois klappt. Zwecks dem Generalübernehmer – oder trotz Generalübernehmer?

A großer Fan bin i vom Projekt Fallmanagement! Do is der Bezirk ganz nah an die Leid für die er do is. Ich gfrei mi, des weiter zu begleiten!

A weng erstaunt ham mich de Kosten für den neia Plenarsaal. Für de grob gschätzten 10 Millionen Euro kannt ma mehrere hundert chronisch Suchtkranke im betreuten Einzelwohnen versorng oder a fast 300 Jugendliche in Jugendhilfeeinrichtungen unterbringa. Hoffentlich is des Geld guad investiert.

Sicher hoffan Sie, dass ich jetzt langsam zum Ende komm und den Gfoin mecht i eana doa. Mir bleibt oiso nur no, eana und eanane Familien a besinnlichs Weihnachtsfest und an guaden Rutsch ins neie Jahr zu wünschen. Lassen's uns des beste hoffen!

Danke für die Aufmerksamkeit!

Nach den Vorberatungen werden die Haushaltssatzung 2017 und ihre Anlagen beschlossen.

Herr BTP Mederer merkt an, dass Frau Regierungspräsidentin Brunner leider noch einen weiteren Termin hat. Sie möchte ein paar Worte sagen und wird sich danach verabschieden.

Frau Regierungspräsidentin Brunner bedankt sich für die Haushaltsdebatte, der sie beiwohnen durfte und die ihrer Ansicht nach von großer Fachkunde, Sachkunde und Sachlichkeit geprägt war. Es ist ihr eine große Freude, Bezirksräte und Bezirksrätinnen bei Veranstaltungen im Regierungsbezirk zu treffen und dabei ein positives Miteinander zu erfahren.

Sie hofft, dass der Bezirk Oberbayern und die Regierung auch nächstes Jahr weiterhin so gut zusammenarbeiten können, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger.

Frau Regierungspräsidentin Brunner wünscht frohe und besinnliche Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Beschluss:	1. Für das Haushaltsjahr 2017 wird den Festsetzungen
	im Verwaltungshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von 1.788.900.000,00 €
	sowie im Vermögenshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von 102.900.000,00 €
	zugestimmt.
	2. Dem Finanzplan 2016 bis 2020 mit dem zugrunde liegenden Investitionsprogramm wird zugestimmt.
	3. Den Festsetzungen in den Wirtschaftsplänen 2017 des Kultur- und Bildungszentrums Kloster Seeon und der Bezirksgüter Haar, Gabersee und Taufkirchen (Vils) mit den Finanzplänen und den Investitionsprogrammen für die Jahre 2016 bis 2020 wird zugestimmt.
	4. Dem Stellenplan des Bezirks Oberbayern für das Haushaltsjahr 2017 wird zugestimmt.
	5. Der Hebesatz der Bezirksumlage wird für das Haushaltsjahr 2017 auf 19,50 v.H. festgesetzt.
	6. Die Haushaltssatzung 2017 wird beschlossen.
	angenommen Ja 57 Nein 9

TOP 3 Beteiligungsbericht Geschäftsjahr 2015 - Klinische Beteiligungen

Der Bezirkstag berät den Beteiligungsbericht – Klinische Beteiligungen – der Bezirksverwaltung für das Geschäftsjahr 2015.

Beschluss:	Der Bezirkstag nimmt den „Beteiligungsbericht Geschäftsjahr 2015 – Klinische Beteiligungen“ zur Kenntnis.
-------------------	---

	zur Kenntnis genommen
--	------------------------------

TOP 4 Änderung der Geschäftsordnung

Mit der Änderung der Geschäftsordnung des Bezirkstags von Oberbayern wird die Zuständigkeit des Bezirkstagspräsidenten / der Bezirkstagspräsidentin bei der Vergabe von Fahrdienstleistungen für Menschen mit Behinderung erweitert.

Beschluss:	Beschlussvorschlag für den Bezirkstag: Die Geschäftsordnung des Bezirkstags von Oberbayern vom 28.07.2016 (OBABI. Nr. 18 vom 19.08.2016, S. 244) wird wie folgt geändert: In § 18 Abs. 1 Nr. 2 der Geschäftsordnung wird nach „150.000 € (netto)“ eingefügt: „, bei Fahrdienstauschreibungen für Menschen mit Behinderung bis zu 3.000.000 € (netto)“ Diese Änderung tritt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft. angenommen Ja 50 Nein 10
-------------------	--

TOP 5 Abberufung von Herrn Bezirksrat Tobias Ruff

Herr Bezirksrat Tobias Ruff hat zum 01.01.2017 einen Arbeitsvertrag mit dem Bezirk Oberbayern – Fischereifachberatung unterzeichnet. Aufgrund der daraus resultierenden Inkompatibilität hat er seinen Rücktritt als Bezirksrat zum 15.12.2016 eingereicht.

Herr BTP Mederer bedankt sich bei Herrn Bezirksrat Tobias Ruff für die vertrauensvolle und engagierte Zusammenarbeit und wünscht ihm für seine neue Aufgabe alles Gute.

Beschluss:	Der Bezirkstag stellt fest, dass für Herrn Tobias Ruff ein wichtiger Grund für die Niederlegung seines Ehrenamtes als Bezirksrat im Bezirkstag von Oberbayern vorliegt und stimmt seinem Antrag auf Niederlegung des Ehrenamtes zu. angenommen Ja 61 Nein 0 Enthalten 1
-------------------	---

TOP 6 Vereidigung des Listennachfolgers ÖDP

Herr Andreas Huber hat die Wahl angenommen und die Eidesformel im Sinne des Art. 24 Abs. 3 BezO gesprochen, welche vom Bezirkstagspräsidenten Josef Mederer abgenommen wurde.

Herr Bezirksrat Andreas Huber stellt sich als Person kurz vor und hofft auf eine gute Zusammenarbeit.

Beschluss:	Es ist kein Beschluss zu fassen.
-------------------	----------------------------------

TOP 7 Änderungen der Gremienbesetzung ÖDP

Den Vorschlägen zur Änderung der Gremienbesetzung wird zugestimmt.

Beschluss:	Der Bezirkstag stimmt den folgenden vorgetragenen Änderungen der Ausschuss- und Gremienbesetzung zu: • Im Ausschuss für Bau, Umwelt und Energie soll anstatt Herrn Tobias Ruff Herr Andreas Huber als künftiges Mitglied bestellt werden, • in die Arbeitsgruppe „BAU“ wird Herr Andreas Huber für die Ausschussgemeinschaft ödp / PIRATEN berufen, • in den Arbeitskreis Arbeiter und Industriekultur soll anstatt Herrn Tobias Ruff Herr Andreas Huber bestellt werden, • im Sozial- und Gesundheitsausschuss soll anstatt Herrn Tobias Ruff Herr Andreas Huber als künftiger 2. Stellvertreter von Frau Martina Wenta bestellt werden, • im Ausschuss für Kultur, Schulen und Museen soll anstatt Herrn Tobias Ruff Herr Andreas Huber als künftiger 2. Stellvertreter von Frau Johanna Schildbach-Halser bestellt werden, • im Werkausschuss Kloster Seeon soll anstatt Herrn Tobias Ruff Herr Andreas Huber als künftiger 1. Stellvertreter von Frau Johanna Schildbach-Halser bestellt werden, für die 2. Stellvertretung soll dafür Frau Martina Wenta bestellt werden, • In der Vollversammlung beim Bayerischen Bezirkstag soll Frau Martina Wenta anstatt Frau Johanna Schildbach-Halser als Mitglied bestellt werden und anstatt Herrn Tobias Ruff Herr Andreas Huber als künftiger Stellvertreter von Frau Martina Wenta bestellt werden, • im Personalausschuss soll anstatt Frau Martina Wenta Herr Andreas Huber als Mitglied bestellt werden. Frau Martina Wenta soll als künftige 2. Stellvertreterin bestellt werden, • im Rechnungsprüfungsausschuss soll anstatt Herrn Tobias Ruff Herr Andreas Huber als künftiger 1. Stellvertreter von Frau Johanna Schildbach-Halser bestellt werden, • im Gremium zur Gesundheits-, Sozial- und Versorgungsplanung soll anstatt Herrn Tobias Ruff Frau Johanna Schildbach-Halser als künftige Stellvertreterin von Frau Martina Wenta bestellt werden. angenommen Ja 64 Nein 0
-------------------	---

TOP 8 Gremienbesetzung – Antrag der SPD-Fraktion auf Änderung der Besetzung im Stiftungsrat Donaumoos Freilichtmuseum und Umweltbildungsstätte und im Bezirksausschuss

Dem Vorschlag der SPD-Fraktion zur Besetzung des Stiftungsrats Donaumoos und des Bezirksausschusses wird zugestimmt.

Die Gremiumsänderung Stiftungsrat Donaumoos Freilichtmuseum und Umweltbildungsstätte wird erst zum 01.01.2017 durchgeführt.

Beschluss:	Beschlussvorschlag für den Bezirkstag: Der Bezirkstag stimmt der folgenden von der Fraktion Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) vorgeschlagenen Ausschuss- und Gremienbesetzung zu: Stiftungsrat Donaumoos Freilichtmuseum und Umweltbildungsstätte: Mitglied Richard Salvermoser (Vertretung Irmgard Hofmann). Bezirksausschuss: Mitglied Helga Hügenell (Vertretung Irmgard Hofmann, zweite Vertretung Gerhard Wimmer)
	angenommen Ja 64 Nein 0

TOP 9 **Änderung der Gremienbesetzung CSU-Fraktion**

Beschluss:	Der Bezirkstag stimmt den folgenden vorgetragenen Änderungen der Ausschuss- und Gremienbesetzung im Krankenhauszweckverband Ingolstadt zu: Verbandsversammlung: ordentliches Mitglied Frau Barbara Breher, Vertretung Herr Simon Schindlmayr ordentliches Mitglied Herr Reinhard Eichiner, Vertretung Frau Barbara Kuhn ordentliches Mitglied Herr Robert Knöferl, Vertretung Frau Claudia Hausberger Verbandsausschuss: ordentliches Mitglied Herr Reinhard Eichiner, Vertretung Herr Robert Knöferl, 2. Vertretung Frau Barbara Breher Rechnungsprüfungsausschuss: ordentliches Mitglied Herr Robert Knöferl, Vertretung Frau Barbara Breher.
	angenommen Ja 64 Nein 0

TOP 10 **Bekanntgaben und Sonstiges**

Beschluss:	Es erfolgten keine Bekanntgaben oder Antragstellungen.
-------------------	---

Um 12:13 Uhr schließt Bezirkstagspräsident Josef Mederer die öffentliche Sitzung.

Josef Mederer
Bezirkstagspräsident

Angelika Ewerhardy
Protokollführerin